

ROSEN AUF DEN WEG GESTREUT

NR 8
2. Jahrgang

Themen

Die Verfolgung von Sinti&Roma

Neonazis und Männlichkeit

Interview mit den Beatsteaks und vieles mehr

Intro & Inhalt

Puh, in letzter Sekunde das Plansoll erfüllt. Die achte Ausgabe der „Rosen auf den Weg gestreut“ kommt pünktlich zum Jahresende raus und versorgt euch mit den aktuellen Infos zum Geschehen im Nordosten Berlins. Es gibt was zum Schulstreik - ein Gruß geht hier besonders an die Schüler_innen der Primo-Levy-OS in Weißensee.

War im letzten Heft die Verfolgung der Jüdinnen und Juden Schwerpunkt der „Rosen“, widmen wir uns diesmal einer fast vergessenen Opfergruppe des nationalsozialistischen Terrors: den Sinti und Roma. Ansonsten wird in dieser Ausgabe alles und jede_r interviewt, die_der nicht bei Drei auf den Bäumen war: die Leute vom Mellowpark, die Mit-

glieder der Band „Beatsteaks“ und ein Vertreter der Initiative „Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen“.

Wir wollen wissen, was ihr denkt. Über uns. Über die Rosen. Über die Texte. Dazu gibts einen Fragebogen auf Seite 33. Viel Spaß beim Lesen.

03 - Chronik

04 - 1000 Menschen bei Antifa-Demo // VVN-BdA

05 - Heinersdorf: Rassistische Hetze floppt // EAG

06 - Schulstreik in Berlin // Rosen-Kollektiv

07 - Bildungsproteste in Italien // APB

09 - Diese Armut kotzt uns an // Jusos Nordost

10 - Finanzkrise - Mach meinen Banker nicht an // ASV

12 - Nazis im Speckgürtel Nr3 - Oranienburg // AGO

15 - Wo die wilden Kerle wohnen // Esther Lehnert & Vivien Laumann

16 - Vom Teufelsglauben zur Verschwörung // ASV

18 - Interview: Deutsche Friedensgesellschaft // APB

20 - Verfolgung der Sinti & Roma im NS // Bündnis „Kein Vergessen“

23 - Aktuelle Situation der Sinti & Roma in Europa // APB

24 - Rassismus erkennen und überwinden // Bernau

26 - Lach- und Sachgeschichten aus Heinersdorf // EAG

28 - Interview: Hände weg vom Mellowpark // ASV

30 - Pankow * Normal * Feindseelig // Rosen-Kollektiv

32 - Interview: Beatsteaks // APB

33 - Fragebogen: Deine Noten für die „Rosen“

34 - Termine

35 - Links & Locations

36 - Gedicht

Impressum:

Die Texte dieses Heftes geben nur die Meinung der jeweiligen Autor_innen wieder. Die Verteiler_innen des Hefts sind nicht mit den Macher_innen identisch.

Wir verwenden die geschlechtsneutrale Form „_innen“, um neben dem männlichen und weiblichen

Geschlecht auch Transgendern und anderen Rechnung zu tragen. (Bei Fragen und Anregungen schreibt einfach den beteiligten Gruppen eine Mail)

Vi.S.d.P.: Greta Schloch, Berliner Straße 8a, 13187 Berlin

Chronik

rechter Aktivitäten im Großbezirk Pankow in den Monaten September bis November 2008



14.9. 2008

In der Nacht grölt eine Gruppe Betrunkener am U-Bhf. Vinetastraße „Schlagt sie tot, schlagt sie tot, schlagt die Kommunisten tot.“

14./15.9. 2008

In der Nacht zum Montag werden in ganz Niederschönhausen Naziaufkleber verklebt.

5./6.10. 2008

In der Nacht wird ein Fenster der Wohnung eines vermeintlichen Antifaschisten in Niederschönhausen mit Steinen beworfen.

11./12.10. 2008

Am Wochenende werden im Nordosten Berlins hunderte Aufkleber durch Neonazis verklebt.

16.10. 2008

Unter die Demonstrant_innen der ipahb-Kundgebung in Heinersdorf mischen sich auch 20 Neonazis.

25.10. 2008

Mitglieder der Pankower NPD betreiben einen Infostand am S-Bahnhof Buch.

28.10. 2008

In der Nacht wird ein alternativer Jugendlicher in der Pappelallee von einem Pankower Neonazi mit einem Teleskopschlagstock attackiert.

29.10. 2008

In der Kissingenstraße kleben etliche Sticker der Jungen Nationaldemokraten.

30.10. 2008

Am S-Bhf. Schönhauser Allee brüllt ein Mann homophobe Parolen.

31.10. 2008

Der Pankower Neonazi Andy Fischer verfolgt nachmittags am Rathaus-Center zwei Antifaschisten. Am Abend ziehen zwei verummte Neonazis durch Pankow und reißen Antifa-Plakate ab.

Ende Oktober 2008

In der zweiten Herbstferienwoche kommt es auf dem S-Bhf. Pankow zu einem rechten Übergriff. Mehrere Neonazis beschimpfen und bewerfen eine Gruppe teils migrantischer Jugendlicher.

3.11. 2008

- An mehreren Hauswänden in der Pankower Florastraße werden Nazischmierereien angebracht.
- In Niederschönhausen werden in den Morgenstunden Neonaziaufkleber in der Umgebung von Schulen gefunden und entfernt.

4.11. 2008

Ein alternativer Jugendlicher wird von Martin Stelter und einem wei-

teren Neonazi am S-Bhf. Karow bedroht und verfolgt.

7.11. 2008

In der Tram-Haltestelle am S-Bahnhof Pankow wird der Schriftzug „Juden Raus“ entdeckt.

8.11. 2008

- Die NPD führt zwei Infostände in Pankow durch, am Mühlenberg-Center und vor der neuen Moschee.
- In der Tramhaltestelle Schönhauser Allee wird wiederholt „Juden raus“ geschmiert.

9.11. 2008

- In der Tramhaltestelle Schönhauser Allee wird wie am Vortag „Juden raus“ geschmiert.
- In die Fensterscheiben eines Geschäfts in der Parkstraße im Ortsteil Weißensee werden elf Hakenkreuze geritzt.

11.11. 2008

- Ein Mann und sein Sohn werden im Prenzlauer Berg von einem älterem Mann ausländerfeindlich beleidigt.
- In Pankow tauchen erneut Naziaufkleber auf.

15.11.2008

- Drei Antifas werden in Weißensee von 7 Neonazis angegriffen.
- Im Umfeld der Antifa-Demo in Pankow sind 15 Neonazis unterwegs.

Diese Zusammenstellung basiert auf den Chroniken der Emanzipativen & Antifaschistischen Gruppe, der Antifa Prenzlauer Berg und der Antifa Klein-Pankow. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Sammlungen dieser Art sind vor allem davon abhängig, dass Betroffene von Naziaktionen diese öffentlich machen. Wenn du Opfer oder Zeug_in einer Naziaktion, eines Übergriffs oder von Propaganda-

Aktionen wirst, melde diese bitte unter folgender E-Mail-Adresse: eag-berlin@riseup.net

1000 Antifas bei Demo in Pankow

Kein Kiez für Nazis
Wer wegschaut stimmt zu!

Über 1000 Antifaschist_innen sind am Nachmittag des 15. Novembers unter dem Motto „Kein Kiez für Nazis. Wer wegschaut stimmt zu“ durch Berlin-Pankow gezogen. Aufgerufen hatte ein breites antifaschistisches Bündnis. Die kraftvolle Manifestation, die mit umfangreicher internationaler Beteiligung stattfand, war Bestandteil des „siempre antifascista“-Wochenende, in dessen Rahmen an die von Neonazis ermordeten Menschen in Europa erinnert wurde.

Von *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten [VVN-BdA Berlin-Pankow e.V.]*

Zum Aktionswochenende gehört auch ein zweitägiges Festival und eine Konferenz am Freitag im Haus der Demokratie und Menschenrechte, bei der Vertreter_innen antifaschistischer Gruppen vorwiegend aus Osteuropa den rund 300 Konferenzteilnehmer_innen über die Situation in ihren Ländern berichteten.

Die Demonstration in Pankow zog am Nachmittag vom Garbátyplatz im Pankower Zentrum in den Ortsteil Niederschönhausen. Auf dem Weg dorthin solidarisierten sich die Teilnehmer_innen mit alternativen Pankower Jugendeinrichtungen, wie dem Unabhängigen Jugendzentrum Pankow (JUP e.V.) und dem Kurt-Lade-Klub. 70 Jahre nach den Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung war es den Antifa-

schist_innen ebenso ein Anliegen, gegen den auch in der Gegenwart tief verwurzelten Antisemitismus Stellung zu beziehen. In Niederschönhausen verwiesen Redner auf den Charakter des Ortsteils als Aktions- und Rückzugsraum für gewaltbereitete Neonazis. Beendet wurde die Veranstaltung am frühen Abend am S-Bahnhof Heinersdorf. Der rassistisch gefärbte Konflikt um die Moschee war hier ebenfalls ein Thema.

Michaela Trutschke vom Demobündnis erklärte im Anschluß: „Es ist ein erfreuliches Zeichen, dass sich so viele Menschen uns angeschlossen haben. Dennoch kann dies nur ein Bestandteil kontinuierlicher, antifaschistischer Arbeit sein, in dem sich Rechtskonservative wie Moscheegegner_innen in Heinersdorf und Nazischläger aus Niederschönhausen

noch viel zu sicher fühlen können.“

Die Polizei war mit mehreren Hundertschaften des 2. Bereitschaftszuges im Einsatz. Bereits am Startpunkt setzte sie rund 20 Antifaschist_innen mit fadenscheiniger Begründung vorübergehend fest. Zudem befanden sich die Demonstrant_innen über den gesamten Zeitraum in einem Wanderkessel der Polizei. Michaela Trutschke kritisiert die Polizei für ihre Strategie: „Menschen, die sich gegen Neonazis auflehnen werden kriminalisiert und schikaniert. Antifaschismus ist aber notwendig und nicht kriminell!“. Im Vorfeld der Demo griffen Neonazis anreisende Teilnehmer_innen an, unter anderem Am Steinberg in Weißensee und auf dem Hauptbahnhof.

Infos: kein-kiez-fuer-nazis.de.vu

Rassistische Hetze in Heinersdorf floppt

Von
*Emanzipative
Antifaschistische Gruppe [EAG]*

Die ipahb hatte wegen der geringen Teilnehmer_innenzahl von etwa 150 Menschen die geplante Demonstration zum Rathaus Pankow kurzerhand abgesagt und so verharrte sie mit ihrer Gefolgschaft etwa zwei Stunden am Startpunkt, Prenzlauer Promenade Ecke Granitzstraße. Unter die ipahb-Leute hatten sich auch rund 20 organisierte Neonazis aus Pankow und anderen Bezirken gemischt, darunter Andy Fischer, Patrick Kukulies, Mirko Tambach, Lars Knüpfer, Daniel Steinbrecher, Patrick Fehre, Vicky Seidler, Robert Scheffler und die NPD-Funktionärin Gesine Hennrich.

Etwas besser sah die Teilnehmer_innenzahl auf Seiten der Gegendemonstranten aus. Rund 150 Menschen beteiligten sich an der Aktion „Ein buntes Band für Vielfalt und Toleranz“, eine antirassistische

Kundgebung am Garbátyplatz fand mit etwa 100 Teilnehmer_innen statt. Die Polizei war mit etwa 500 Beamten im Einsatz.

Kurz zuvor hatte es ordentlichen Knatsch innerhalb der Pankower CDU gegeben, die in der Moscheefrage massiv gespalten ist. Peter Kurth als Vorsitzender hatte zunächst im Namen seines Kreisverbandes den Aufruf der Initiator_innen von „Ein buntes Band für Vielfalt und Toleranz“ unterschrieben, zog die Unterstützung nach Absage einer geplanten NPD-Mahnwache allerdings wieder zurück. Die Moscheegegner_innen um den früheren Pankower CDU-Kreisvorsitzenden René Stadtkewitz reagierten nach Presseberichten, denen zufolge die Partei ihre starre Haltung in Sachen Moschee aufgegeben habe, recht ungehalten und bliesen mit Hilfe der ipahb und

Bei den Veranstaltungen am 16. Oktober aus Anlaß der Moscheeeröffnung in Heinersdorf waren die Befürworter_innen der Religionsfreiheit diesmal zahlenmäßig besser vertreten, als die Moscheegegner_innen in den Reihen der rassistischen „interessengemeinschaft pankow-heinersdorfer bürger“ (ipahb) - unter ihnen auch rund 20 Neonazis.

der rechten Internetseite Politically Incorrect (PI) zum Gegenangriff.

Im Interview mit PI wiederholte Stadtkewitz seine schon gegenüber der extrem rechten Zeitung Junge Freiheit absorbierte Islam-Panikmache und schwafelte einen vermeintlichen Linksruck in der Gesellschaft herbei, der angeblich auch die CDU voll erfaßt habe.

Kleine Randnotiz zum Schluß: Ein Fünkchen Positives hat die umfangreiche Auseinandersetzung des Herrn Stadtkewitz mit dem Islam dann doch. Auf einmal definiert ein CDUler die „Grauen Wölfe“ zutreffend als „islamisch faschistisch“ - unlängst waren diese bei Teilen seiner Partei noch ein gern-gesehener Bündnispartner. Pack schlägt sich, Pack verträgt sich ...

Hintergrundbericht in Rosen-Nr. 7 und auf Seite 26



Eilmeldung: Schulstreik in Berlin

In Berlin streikten am 12. November über 8.000 Schüler_innen gegen die „miserablen Bedingungen im Bildungswesen“^[1]. Wie bereits bei den letzten drei Schulstreiks in Berlin hatte die Schüler_innen-Initiative „Bildungsblockaden einreißen!“ dazu aufgerufen, den Unterricht zu boykottieren und stattdessen auf die Straße zu gehen.

[1] Aus dem Aufruf



Die Liste der Forderungen ist lang: kostenlose Bildung für Alle, bessere Ausstattung der Schulen und kleinere Klassen, Abschaffung des 12jährigen Abiturs, eine gemeinsame Schule für Alle statt sozialer Auslese bereits am Ende der sechsten Klasse und Ausbildungs- und Studienplätze für jede und jeden in dem Beruf bzw. Fach ihrer oder seiner Wahl. In der ganzen Bundesrepublik gingen zeitgleich über hunderttausend Schüler_innen mit ähnlichen Forderungen auf die Straße. Vielen Schüler_innen reichte es dabei nicht bloß symbolisch, ihren Unmut zu zeigen: In Berlin wurde aus der Demonstration heraus die Humboldt-Universität (HU) besetzt, in Hannover die Bannmeile um das Rathaus durchbrochen und in Ham-

burg und Erfurt die Schulbehörden besetzt. Bei der Besetzung in Berlin wurde leider eine Ausstellung über die Enteignung, Verschleppung und Ermordung jüdischer Unternehmer im Nationalsozialismus zerstört, die anlässlich des 70. Jahrestags der Reichsprogromnacht im Eingangsbereich der HU ausgestellt war. Ein Mitarbeiter der HU berichtet, dass bei der Zerstörung ein Demonstrant „Scheiß Israel!“ gerufen hat. In einer Erklärung verurteilte die Schüler_inneninitiative die Zerstörung ausdrücklich und positionierten sich gegen Antisemitismus und rechte Ideologien. Die Ausstellung wurde inzwischen behelfsmäßig wiederhergestellt und ist noch bis zum 13. Dezember zu sehen.

Für die Zukunft der Bildungsproteste wird es entscheidend sein, ob es gelingt, rechten Ideologien eine konsequente Absage zu erteilen. Aus linksradikaler Perspektive werden sich die Proteste darüber hinaus daran messen lassen müssen, ob sie es mit der Forderung einer freien, selbstbestimmten Bildung für alle Menschen ernst meinen. Die Kritik an der sozialen Selektion durch das dreigliedrige Schulsystem ist hierfür ein guter Anfang. Die Perspektiven migrantischer und behinderter Jugendlicher sind jedoch bisher kaum präsent. Weitere Informationen zum Schulstreik findet ihr auf der Seite der Schüler_innen-Initiative „Bildungsblockaden einreißen!“: www.schulaction.org

Bildungsproteste: Ein Blick nach Italien



Aus Anlass der aktuellen Bildungsproteste von Schüler_innen in Deutschland werfen wir einen Blick nach Italien. Seit Oktober diesen Jahres protestiert dort ein breites Bündnis von Studierenden, Schüler_innen, Dozent_innen und Lehrer_innen gegen eine umstrittene Bildungsreform der Mitte-Rechts-Regierung.

von Antifa Prenzlauer Berg

Geplant ist unter anderem die Streichung von 87.000 Lehrer_innen-Stellen sowie 44.500 Jobs in der Verwaltung und die Schließung kleinerer Schulen innerhalb der nächsten drei Jahre.

Damit will die italienische Regierung sieben Prozent der aktuellen jährlichen Ausgaben für die Schulen einsparen. Gleichzeitig stellen die Reformen einen massiven, autoritären Rückschritt hinter die Bildungsreformen der 1960er Jahre dar: Alte Schul- und Verhaltensnoten sollen wieder eingeführt werden, die Grundschüler_innen künftig, statt von vielen Fachlehrer_innen nur noch von einem Einheitslehrer bzw. einer Einheitslehrerin unterrichtet werden.

Zudem werden die Schüler_innen

wieder zum Tragen von Schuluniformen gezwungen und sollen wegen „schlechtem Benehmen“ sitzenbleiben können. Die italienische Bildungsministerin resümiert: „Jetzt können wir die italienische Schule reformieren. Wir kehren zu einem Schulsystem zurück, in dem Ernsthaftigkeit, Fleiß und gutes Benehmen im Vordergrund stehen.“

Auch die Universitäten werden von den Reformen und Kürzungen der Regierung nicht verschont. Ein erster Schritt zu einer „effizienteren“ Universität sieht vor, dass für zehn ausscheidende Dozent_innen jeweils nur noch zwei neue eingestellt werden. Gleichzeitig wird, wie in Deutschland, die Privatisierung von Forschung und Lehre vorangetrieben.

Auch die Begründung der Reformen klingen wie in der Bundesrepublik: PISA und Co. hätten gezeigt, dass Italiens Bildungssystem im internationalen Vergleich nicht mithalten könne. Die Reformen seien auf Grund von Sachzwängen, Ineffizienz und dem drohenden Verlust der Konkurrenzfähigkeit leider unvermeidbar.

Nachdem die Reformen am 9. Oktober diesen Jahres von der Abgeordnetenversammlung (einer der beiden Kammern des italienischen Parlaments) abgesegnet wurde, formierte sich ein breites Bündnis, um die Reformen doch noch zu verhindern. Dabei protestierten Studierende und Schüler_innen gemeinsam mit Dozent_innen, Lehrer_innen sowie Gewerkschaft-



ter_innen gegen die Reformen. Teilweise weiteten sich die Proteste zu allgemeinen Protesten gegen den Sozialabbau der Regierung bzw. gegen die Mitte-Rechts-Regierung aus. Unterstützt wurden sie dabei von der parlamentarischen Opposition. Vor allem die Demokratische Partei konnte von den Protesten profitieren und ihre Umfragewerte verbessern. Es kam zu Massenprotesten in ganz Italien, an denen hunderttausende Menschen teilnahmen. Universitäten und Schulen wurden besetzt und die Vorlesungen zum Teil auf die Straße verlegt.

Ende Oktober legten die Gewerkschaften mit einem Generalstreik die öffentlichen Schulen lahm.

Auch italienische Neonazis versuchten, einen Fuß in die Proteste zu bekommen, diese als von links gesteuert darzustellen und ihre menschenverachtenden Positionen zu verbreiten. Unter anderem forderten sie getrennte Klassen für ausländische Schüler_innen und die Räumung aller studentischen Freiräume an den Universitäten.

Auch mit Besetzungen von Schulen versuchten sich die Neonazis zu profilieren. Ende Oktober führte dies zur Eskalation: Mit Latten und Helmen bewaffnete Nazis versuchten, sich an die Spitze einer Kundgebung von Student_innen zu prügeln. Die Polizei schritt erst ein, als anwesende Antifaschist_innen sich zur Wehr setzten.

Zunächst reagierte die Regierung Berlusconi auf die Proteste mit der unverhohlenen Drohung des Einsatzes von Polizei und Militär. Nachdem sich die Proteste ausweiteten und breite Solidarisierungen erfuhren, musste sie jedoch zurückrudern. So verschob sie die Entscheidung über die Reform der Universität, um den Protesten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Im gleichen Atemzug beschloss sie jedoch Ende Oktober die Schulreformen.

Die Fortsetzung der Proteste im November lassen hoffen, dass dieser Versuch ins Leere läuft. Ob sie sich zu allgemeinen Protesten gegen den Sozialabbau ausweiten oder doch einschlafen, bleibt abzuwarten. Nichtsdestotrotz zeigen die Proteste in Italien die Durchschlagkraft eines breiten Bündnisses.

Josefine ist 14 Jahre alt, ihr kleiner Bruder Michael zehn. Was sie neben ihrer Geschwisterschaft noch verbindet: beide sind ALG-II-Empfänger_innen. Ihre Mutter ist alleinerziehend und bezieht neben einer „geringfügigen Beschäftigung“ als Verkäuferin noch zusätzlich das sogenannte Arbeitslosengeld-II, allgemein bekannt als Hartz-IV. Arbeitende Arme werden diese Menschen heute genannt. Von Jusos Nordost

Diese Armut kotzt uns an

Josefine kriegt mit ihrem kleinen Bruder monatlich 207 €. Was können sie sich davon leisten? Für ein Fahrrad ist beispielsweise 1,00 € im Monat eingeplant, für Sport- und Freizeitveranstaltungen 3,76 € (das reicht für zwei Stunden Schwimmbad ohne Pommes). Spielraum? Gibt es nicht! Alles ist genau ausgerechnet, damit die „Solidargemeinschaft“ bloß nicht einen Cent zu viel ausgibt: 4,40€ für Schuhe, 76 Cent für Spielsachen. Obwohl Schulkinder einen deutlich höheren finanziellen Bedarf haben, ist für Schulmaterialien kein Posten vorgesehen.

Im Februar diesen Jahres sorgte der Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin für Furore, als er einen Speiseplan für Hartz-IV-Empfänger_innen aufstellte. Seine These: Für 3,76€ am Tag könne mensch sich „völlig gesund“ ernähren. Zwar müsse auf Alkohol und Zigaretten verzichtet werden, aber durch einen von langer Hand geplanten Speiseplan, sei dies möglich. Ein Six-Pack Bratwurst beispielsweise kostet 2,40 €, wovon sich die ganze Woche zehren ließe. Auch wenn der Bratmaxe Thilo von seinen Parteikolleg_innen selbst als Querkopf bezeichnet wird, bleibt die Aussage bestehen: „Wer auf der Tasche von Vater Staat liegt, soll sich nicht auch noch beschweren“. Dies wird in der Eckkneipe von nebenan leider genauso unwidersprochen hingenommen, wie in der Chefetage irgendeines Unternehmens.

Gerade Kinder und Jugendliche sind von Armut besonders hart getroffen. Doch wird ihnen und ihren Eltern durch die Gesellschaft eine „verschwendische Lebensweise“, „Sozialschmarozertum“ oder individuelles Versagen vorgeworfen. So erging es auch Josefines Mutter, die als gelernte Versicherungsfachangestellte noch während der Probezeit von ihrem Chef rausgeschmissen wurde, weil er bemerkte, dass sie schwanger war. Der erneute Berufseinstieg erwies sich als schwierig. Sie landete in der Arbeitslosen-Falle. Gefangen in der Logik von Arbeitsagentur und Job-Center durchläuft sie Umschulungen, psychologische Beratungen und Bewerbungstrainings. Das über die eigenen Fähigkeiten bestimmte Selbstwertgefühl wird systematisch zerstört. Am Ende des Kreislaufes ist nicht mehr zwischen Fremd- und Selbstwahrnehmung zu unterscheiden. Jede weitere staatliche Aktivierungsmaßnahme wird als Bestätigung der eigenen Unfähigkeit verstanden. Nicht also das kapitalistische System sei schuld, welches Armut zwangsläufig verursacht und diese verwaltet, sondern der einzelne Mensch selbst. Hinzu kommen die vielfältigen Sanktionen und Druckmittel der Arbeitsagenturen und der damit verbundene (nicht nur gefühlte) Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben.

und Verwertbarkeit auf Menschen anzuwenden, hat gravierende gesellschaftliche Folgen. So wächst zum Beispiel die Abwertung gegenüber Langzeitarbeitslosen drastisch. Nach einer Befragung der Heitmeyer-Studie „Deutsche Zustände 2007“ meint etwa knapp die Hälfte, dass Arbeitslose gar nicht arbeiten wollen. Ein Drittel denkt, dass sich unsere Gesellschaft „unnütze“ Menschen nicht mehr leisten könne. Solidarität? Fehlanzeige! Der Weg zu den Nazis, die Obdachlose brutal zusammenschlagen, weil sie in ihrem Weltbild als „unwert“ betrachtet werden, liegt da nicht weit. Und was ist mit Josefine und Michael. Statistisch gesehen haben die beiden dreimal so niedrige Chancen, ein Abitur zu absolvieren, ihre Gesundheit ist deutlich schlechter, als die von Kindern „höherer Schicht“ - ihr weiterer Lebensweg scheint bereits vorgezeichnet. Mit 18 Jahren, das weiß Josefine sicher, will sie ausziehen – ihr eigenes Ding machen. Doch als Hartz-IV-Empfängerin braucht sie die Genehmigung des Amtes. Bis 25 muss sie noch warten.

Finanzkrise - Mach meinen Banker nicht an!

Die Finanzkrise ist in aller Munde. In diesem kurzen Beitrag soll es allerdings nicht um die Frage gehen, wie konkret „das alles passieren konnte“. Wir wollen stattdessen ein paar Anmerkungen zu Forderungen loswerden, die im Zuge der Krise laut geworden sind. Vor allem zu vermeintlich linken Lösungsansätzen und Kritikpunkten. Wer sich durch die Überschrift provoziert fühlt, ist genau deswegen eingeladen, weiterzulesen.

Ein Text der Antifaschistischen Schüler_innen Vernetzung [ASV]

Der aktuelle Hass gegen „die Manager“ und „die da oben“ ist nicht zufällig dem ähnlich, was sonst gemeinhin gegen so genannte „Sozialschmarotzer“ vorgebracht wird, die nicht arbeiten gehen wollen oder können. Während den „Spekulanten“ vorgeworfen wird, mit „Nichtstun“ mehr Geld zu machen, als der normal arbeitende Mensch von der Straße, wird „den Asozialen“ angekreidet, gar nichts zu machen und trotzdem Geld zu bekommen. Was da angeblich fehlt, ist die „Leistung“, ohne die es auch keinen Lohn geben darf. Wer so argumentiert, hat allerdings vom Kapitalismus nichts verstanden und bewegt sich außerdem in fraprierender Nähe zu alten und neuen Nazis, die zwischen „raffendem“ und „schaffendem“ Kapital unterscheiden und „natürlich“ nur dem „Schaffenden“ eine Existenzberechtigung zusprechen. Auch sie gingen und gehen mit aller Gewalt gegen Menschen vor, die der Lohnarbeit nichts abgewinnen können oder schlicht nicht dazu in der Lage sind, der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt standzuhalten. Dutzende Morde an Obdachlosen in den vergangenen Jahren sprechen eine deutliche Sprache. Dass solche Argumentationsmuster in der Regel auch noch „das Finanzjudentum“ mit

der Finanzsphäre gleichsetzen, überrascht dann auch nicht mehr. Allerdings ist es nötig, sich an dieser Stelle von falschen „Verbündeten“ abzugrenzen, die in der aktuellen Debatte eine Parallele zur Verfolgung der Jüdinnen und Juden während der Zeit des Nationalsozialismus sehen (wollen). „Wer in Deutschland Millionen Euro Steuern zahlt, gegen den sollte man keine Pogromstimmung verbreiten.“ Mit diesen Worten bezog sich der niedersächsische Ministerpräsident vor wenigen Wochen auf die Finanzkrise und die Schuldzuweisungen an Manager und Spekulanten. Er sorgte damit erneut für Aufregung, denn bereits kurz vorher verglich auch der Präsident des Münchener Instituts für Wirtschaftsforschung die Kritik an Managern mit dem deutschen Antisemitismus der 1930er Jahre: „Während es nach der Weltwirtschaftskrise 1929 in Deutschland die Juden getroffen hat, sind es heute die Manager“.

Nur 70 Jahre nach den deutschen Novemberpogromen, bei denen Synagogen, jüdische Wohnhäuser und Geschäfte brannten, tausende Jüdinnen und Juden von einem antisemitischen Mob gejagt, verprügelt oder ermordet wurden und etliche tausend mehr in Konzentrationslager deportiert wurden, erlauben sich

Christian Wulff und Hans-Werner Sinn solch relativierende Kommentare. Die Worte der beiden sind aber nicht nur geschmacklos, sie haben einen ganz konkreten Nutzen. Neben der beabsichtigten Diskreditierung antikapitalistischer Positionen allgemein, schwingt in solchen Vergleichen eine Schuldabwehr mit. Mit derlei Gleichsetzungen werden die Verbrechen des deutschen Täter_innenkollektivs relativiert.

Uns geht es hier dagegen um die Problematisierung einer verkürzten Kapitalismuskritik - einer Kapitalismuskritik also, die nicht an die Wurzeln des Problems geht, sondern konkrete Schuldige sucht und vermeintlich einfache Lösungen anbietet.

Auch viele Linke machen für die aktuelle Krise einen entfesselten Finanzmarkt und „maßloses Gewinnstreben“ verantwortlich. Sie vergessen dabei, dass genau dieses Gewinnstreben der Grundgedanke des Kapitalismus ist. Sowohl in der Produktion als auch an der Börse geht es um nichts anderes, als darum, mehr Geld zu machen. Die Regeln sind die gleichen und so ist es auch nicht verwunderlich, dass eine Krise im einen Bereich auch immer Auswirkungen auf den anderen hat. Das heißt auf der einen Seite z.B. sinkende Aktienwerte, wenn ein Unternehmen nicht genug Umsatz macht und auf der anderen eben auch sinkende Verkaufszahlen etwa bei Opel, wenns in der Finanzsphäre kriselt. Es gibt einfach keine Produktionssphäre ohne Finanzsphäre und umgedreht. Ohne das nötige Kapital kann es keine Investitionen geben und die Produktion stagniert.

Eine Kritik geht also am Problem vorbei, wenn sie diese beiden Seiten der gleichen Medallie zu trennen oder zu werten versucht. Obwohl die aktuelle Krise natürlich von ihrem Umfang her eine gewisse Besonderheit hat, muss auch festgestellt werden, dass Krisen ein fester Bestandteil des Kapitalismus sind - sowohl in der Realökonomie als auch der Finanzsphäre. Im Kapitalismus geht es eben nicht um Produktion zur Befriedigung der Bedürfnisse von Menschen, sondern

darum, immer mehr Gewinn zu machen. Da können Überproduktion und ähnliches nicht ausgeschlossen werden. Deshalb greift auch eine Kritik am aktuellen Einschreiten des Staates zu kurz, denn genau das ist seine Rolle im Kapitalismus.

Wenn alles halbwegs gut läuft (nicht für die Menschen, sondern für die Wirtschaft), ist der Staat dazu gehalten, sich nicht weiter einzumischen und alles vom Markt regeln zu lassen. Wenn allerdings eine wirkliche Gefahr für das große Ganze besteht, muss natürlich eingegriffen werden. Der Staat muss das System am Laufen halten - der Staat ist eben der „ideelle Gesamtkapitalist“. Ihm geht es nicht um die Einzelinteressen (z.B. eines Unternehmens), sondern um das Gesamtinteresse, um den Erhalt des Kapitalismus. Insofern können Ereignisse wie das fast unvorstellbar große Rettungspaket der Bundesregierung nur Anlass einer Kritik sein, nicht aber das Objekt derselben. Anders ausgedrückt: Wenn der Staat in der aktuellen Krise Milliarden um Milliarden in Banken und Unternehmen pumpt, um den totalen Kollaps zu verhindern, sonst aber immer von leeren Kassen die Rede ist, so zeigt dies nur, dass etwas grundsätzlich falsch läuft. Da gilt es anzusetzen: Den Kapitalismus also an sich zu hinterfragen und nicht etwa die staatliche Kontrolle des Marktes oder geringere Gehälter für Manager zu fordern.

Der Irrglaube, im Kapitalismus ginge es irgendwie um Gerechtigkeit oder das eine ließe sich mit dem anderen verbinden, muß nachdrücklich zurückgewiesen werden. Das ist nicht so einfach und populistisch wie die Hatz auf vermeintlich Schuldige, aber dafür hat es auch wirklich Aussicht auf Erfolg - im Sinne einer wirklichen Emanzipation des Menschen jenseits des Kapitalismus.

Lesetipps zum Thema Kapitalismuskritik:

„Grundlagen der Kapitalismuskritik“ von junge linke: http://www.junge-linke.de/kapital_und_lohnarbeit/grundlagen_der_kapitalismuskri.html

„Kritik der politischen Ökonomie.“ Eine Einführung von Michael Heinrich. Für 10 Euro in jedem guten Buchladen. ISBN 3-89657-593-7



Nazis im Speckgürtel

Nr3. Oranienburg

Bei Oranienburg denken viele Menschen in Berlin an das ehemalige KZ Sachsenhausen und somit an die Verbrechen der alten Nazis. Aber auch wenn es um Neonazis und ihr Treiben geht, ist Oranien-

burg nicht unbekannt. Für viele ist die Stadt ein Angstraum und eine Hochburg von Neonazis in Nordbrandenburg.

Von Antifaschistische Gruppe Oranienburg [AGO]
www.antifagrupperoranienburg.blogspot.de

Die NPD in der Mark

Die am kontinuierlichsten agierende Struktur der Neonazis in der Mark ist die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)*. Sie gründete im Mai 1999 ihren Kreisverband Oberhavel. Gerade die ehemaligen Mitglieder der *Nationalen e.V.* und der *Kameradschaft Oberhavel „bereicherten“* die NPD mit ihren Kräften und Erfahrungen. So entstand die NPD in Oranienburg, deren erster Vorsitzender Reimer Leibner (heute Abgeordneter im Stadtparlament) war. Ein Jahr später gründeten sich fünf weitere Kreisverbände, wobei ihr stärkstes Zugpferd der KV Oberhavel blieb und ist. Zu diesem Zeitpunkt war der heutige Chef des NPD-Landesverbandes Berlin, Jörg Hähnel, noch Chef des Brandenburger Verbandes. Neben ihm gab es eine weitere Politprominenz: Udo Voigt, der Bundesvorsitzende lebte in Hennigsdorf und war daher Mitglied des KV Oberhavels.

Obwohl die NPD ihren zentralen Punkt in Oranienburg/Oberhavel hat, tritt sie nur sporadisch in Erscheinung. Meist sind es Aufkleber oder interne Schulungsabende, bei denen 30 bis 50 Personen anwesend sind. Oft referieren NPDler aus den Landesparlamenten Sachsens und Mecklenburg-Vorpommerns

oder des Bundesvorstandes. In diesem Jahr gründete sich in Brandenburg auch der *„Ring Nationaler Frauen“*. Dies geschah auf Einladung von Lore Lierse. Diese sitzt seit der Kommunalwahl diesen Jahres in der Gemeinde Mühlenbecker Land, ist stellvertretende Vorsitzende des KV Oberhavel und Vorstandsmitglied der NPD-Brandenburg. Bei dieser Veranstaltung referierten Manuela Tönhardt (Mitglied der BVV-Lichtenberg) und Stella Palau (Mitglied des Berliner- und Bundesvorstandes der NPD) vor knapp 30 Zuhörer_innen zu verschiedenen Themen. Die Brandenburger Kommunalwahlen 2008 waren ein großer Erfolg für die NPD, vor allem in Oberhavel. Vor der Wahl hatte sie einen Sitz im Kreistag, nun sind es zwei. Zwei Mandate errang sie außerdem im Stadtparlament Oranienburgs sowie drei weitere Sitze in anderen Gemeinden.

Eine Jugend rebelliert?!

Eine Kameradschaft, die bis zu ihrem Verbot im Jahr 2006 über die Grenzen Brandenburgs hinaus bekannt und aktiv war, trug den Namen *„Märkischer Heimatschutz“ (MHS)*. Chef der Kameradschaft, die vor allem in Berlin und Brandenburg führend unter den so ge-

nannten *„Freien Kräfte“* gewesen ist, war der ehemalige Vorsitzende des NPD-Stützpunkts Barnim-Uckermark, Gordon Reinholz. Bei der MHS-Gründung stand unter anderem Frank Schwerdt, Mitglied des NPD-Bundesvorstandes, zur Seite. Bereits in den 1990er Jahren hatte Schwerdt bei einigen Gründungen von Neonazigruppierungen in Oberhavel mitgeholfen. In Oranienburg hinterlegten Mitglieder des MHS Kränze für die Opfer der Bombenangriffe der Alliierten und versuchten, eine Veranstaltung der JungdemokratInnen/Junge Linke Brandenburg zur Thematik *„Märkischer Heimatschutz aus antifaschistischer Sicht“* anzugreifen. Der MHS löste sich aufgrund des akuten Verbotsdrucks im November 2006 selbst auf. Teile von ihm gingen in die NPD und ihre Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) über.

Eine weitere bekannte Kameradschaft in Oranienburg war der Sturm Oranienburg, der sich nach Hausdurchsuchungen am 6. Dezember 2006 auflöste. Er wurde als Interessengemeinschaft gegründet und war ein Sammelbecken der jungen Neonazis in Oranienburg. Ein Erkennungsmerkmal dieser Gruppe war, dass sie auf Demonstrationen Basecaps und T-Shirts mit ihrem

Logo trugen. Dieses bestand aus einem veränderten Reichsadler und dem Gruppennamen. Wegen Verdachts der Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus und des Verstoßes gegen Paragraph 3 des Versammlungsgesetzes (Uniformierungsverbot), wurden die Wohnungen von Mitgliedern durchsucht und noch am folgenden Abend die Auflösung der Gruppe bekanntgegeben. Bei den Hausdurchsuchungen wurden Bekleidungsartikel mit dem Logo, Fahnen mit nationalsozialistischen Bezügen und Waffen (z.B. eine Armbrust) gefunden. Die JN in Brandenburg wird beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) mit einer Mitgliederzahl von 40 Personen geführt. Laut der Website des JN-Bundesvorstandes gibt es in Brandenburg nur den Oranien-

burger Stützpunkt. Das BfV benennt drei JN-Stützpunkte, Oberhavel, Oderland und Lausitz. Viele heutige JNler stammen aus dem Sturm Oranienburg und dem MHS. Beim Gründungstreffen des Stützpunktes Oranienburg waren zwischen 30 und 40 Jugendliche anwesend, die dem Referenten und Stützpunktleiter Markus Schmidt sowie Sebastian Richter (Mitglied im JN-Bundesvorstand und Landesvorstand Sachsen) lauschen durften. Daher ist davon auszugehen, dass die JN in Oberhavel und Oranienburg knapp 40 Personen zählt. Trotz dieser Stärke tritt sie nur sporadisch in Erscheinung. Am auffälligsten war noch eine Spontandemonstration am 12. September 2007 mit knapp 80 Personen. Die Demonstranten zählten zur JN so-

wie den Freien Kräften aus Berlin und Oberhavel. Begründet wurde die Demo mit Hausdurchsuchungen am Morgen. Ansonsten zeigt die JN *„nur“* Aktivität durch Aufkleber kleben und Aufhängen von NPD-Plakaten zu Wahlkampfzeiten. 2008 hatten sie sich allerdings am 8. Mai, dem Tag der Befreiung, etwas *„besonderes“* ausgedacht. So waren nicht nur Wände mit *„Tag der Schande“* besprüht, sondern sie hinterlegten auch Puppen im gesamten Stadtgebiet, die im Genitalbereich mit roter Farbe beschmiert und deren Köpfe zum Teil eingeschlagen waren. An ihren Beinen befanden sich Zettel, auf denen die Vergewaltigungen deutscher Frauen durch Sowjetsoldaten thematisiert wurden. Neben den Puppen lag dann noch ein Flyer



Aktion der Oranienburger Neonazis zum 8. Mai



der JN und der Freien Kräfte mit Inhalten, die sich um den Holocaust und die Kriegsniederlage der Deutschen drehen.

„Pfadfinder“ mit brauner Tradition In den Medien ist derzeit die „Heimattreue deutsche Jugend“ (HDJ) sehr präsent und es ist wohl demnächst mit ihrem Verbot zu rechnen. Auch in Oranienburg und Oberhavel ist sie aktiv. Am 9. Juni 2007 marschierten drei Oranienburger Neonazis zusammen mit „Kameraden“ der inzwischen verbotenen Berliner

„Kameradschaft Tor“ durch Oranienburg. Und dies in Uniform der HDJ, was eine Polizeistreifen auf die Gruppe aufmerksam machte. Nachdem die Personalien aufgenommen wurden, fand am 12. September 2007 eine Hausdurchsuchung in den Oranienburger Wohnungen statt. Darunter auch bei Markus Schmidt (Gründungsmitglied der JN-Oranienburg sowie Mitglied der HDJ). Am selben Abend gab es eine spontane Demonstration mit knapp 80 Neonazis aus Berlin und Brandenburg, bei der am Ende ein Neonazi in Gewahrsam genommen wurde.

Am 9. Oktober 2008 wurden bundesweit erneut Wohnungen von HDJ-Mitgliedern durchsucht, allein in Oberhavel betraf dies acht Objekte. Darunter die Domizile von Naziprominenten wie Wolfram Nahrat (letzter Bundesführer der Wiking-Jugend, heute Mitglied HDJ, NPD, Deutsches Rechtsbüro, Berliner Kulturgemeinschaft Preußen und der Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur e.V.), Holle Böhm (Chefin der „Mädels“ in der

HDJ) sowie Maik Hampel (Mitglied der verbotenen Nationalistischen Front und der Hilfgemeinschaft Nationaler Gefangener). Auch drei Oranienburger Neonazis waren dabei, wobei es sich vermutlich um die selben handeln dürfte, die bereits bei den vergangenen Hausdurchsuchungen betroffen waren. Fest steht, dass Markus Schmidt erneut besucht wurde. Die Informationen, die dabei gefunden wurden, reichen scheinbar aus, um die HDJ demnächst in die Reihe der verbotenen Naziorganisationen stellen zu können.

Support your local Dorfantifa!

Seit Mai diesen Jahres gibt es nun wieder eine Antifagruppe in Oranienburg - uns! Wir hoffen, die Jugend auf unsere Seite ziehen zu können, damit den Neonazis nicht die Stadt gehört. Wir wollen eine alternative, solidarische und antifaschistische Jugendkultur aufbauen und verteidigen. Kein Platz für Nazis - Nicht in Oranienburg, nicht in Brandenburg, Nirgendwo!!!

Empfehlung: „Nazis in Pankow“

Seit einer Weile existiert im Internet eine neue Seite, die sich schwerpunktmäßig mit der Neonaziszene in Pankow auseinandersetzt:

„Hier erhaltet ihr die wichtigsten Infos über die Akteure der Pankower Neonaziszene, ihre Treffpunkte und ihre Aktionen. Warum das Ganze? Weil mensch natürlich nur einen Gegner bekämpfen kann, den mensch kennt.“

(...)

Damit die Neonazis in Pankow wirkungsvoll zurückgedrängt

werden können, ist es wichtig zu wissen, mit wem mensch es zu tun hat. Einen Beitrag dazu soll diese Seite leisten.“

Im Vorfeld der Antifa-Demo in Pankow wurden zudem im Bezirk mehrere tausend Flugblätter „Nazis in Pankow“ verteilt, die die Anwohner_innen über die lokalen Akteure aufklärten.

Die Seite findet ihr unter:
www.nazis-in-pankow.de/vu



Wo die wilden Kerle wohnen

Die Attraktivität von Rechtsextremismus bei jungen Männern. Ein Gastbeitrag von Dr. Esther Lehnert und Vivien Lauermann von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (mbr)

Rechtsextremismus wird in der Regel immer noch als männliches Phänomen wahrgenommen. Auch wenn das Bild vom „Stiefelnazi“ mit Springerstiefeln so nicht mehr zutrifft, sind die Assoziationen nicht ganz unberechtigt: Rechtsextremistische Gewalt wird fast ausschließlich von (jungen) Männern begangen, rechtsextreme Jugendszenen sind von offenem Chauvinismus und von der Zurschaustellung aggressiver Männlichkeit geprägt. Auch wenn Männer und Frauen gleichermaßen rechtsextremen Inhalten zustimmen, weisen mediale Bilder von gewaltbereiten jungen Neonazis auf ein grundsätzliches Problem hin: Rechtsextremismus scheint Attraktivität für (junge) Männer zu besitzen. Nun stellt sich natürlich die Frage, warum das so ist, was den Rechtsextremismus gerade für (junge) Männer interessant macht? Ein wichtiger Hinweis ist, dass Jungen und jungen Männern innerhalb

der rechtsextremen Ideologie vermittelt wird, dass sie nicht nur zum „starken“ sondern auch zum „höhergestellten“ Geschlecht zählen. Dies erfolgt allein durch Geburt, für das Privileg müssen sie also weder besonders erfolgreich, gebildet oder vermögend sein. Einher geht es mit einem spezifischen Männlichkeitsbild, für das Stärke, Macht, Härte und Durchsetzungsfähigkeit wichtige Eigenschaften darstellen. Auch im Rechtsextremismus gilt, dass Männer heterosexuell sein sollen, Verantwortung für Ehe und Familie übernehmen, körperlich stark sein sollen, Dominanz über Frauen ausüben, beruflich erfolgreich und aktiv sind und eigene Schwächen ohne die Hilfe anderer überwinden können. Dieses Männlichkeitsbild kann als hegemonial beschrieben werden und ist gesamtgesellschaftlich weit verbreitet. Hegemoniale Männlichkeit im Zusammenhang mit Rechtsextremismus bedeutet, dass alle weißen „deutschen“ Jungen, unabhängig von realen Möglichkeiten und anderen gesellschaftlichen Bedingungen (wie soziale Herkunft, Bildungsstand, sexuelle Orientierung, etc.) Macht über andere ausüben können. Aus diesem Konzept lässt sich zum einen der Überlegenheitsanspruch von Männern über Frauen erklären, zum anderen werden die Beziehungen von Männern untereinander geregelt. Männer, die nicht dem zuvor beschriebenen Männlichkeitsideal entsprechen (bzw. entsprechen wollen) werden als nicht gleichwertig gesetzt: Männer nicht-deutscher Herkunft, jüdische oder schwarze Männer, homosexuelle Männer – oder solche, die dafür gehalten werden.

Innerhalb der von den Nazis konstruierten rassistischen „Volksgemeinschaft“ haben Jungen ihren festen, „angestammten“ Platz. In einer Zeit, die geprägt ist durch zunehmende Erweiterung von Lebensstilen und Geschlechterrollenmodellen, verschafft es auch

Jungen und jungen Männern ein Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit zu wissen, wo man steht und hingehört. Diese große allgemeine Verunsicherung, die durch schnellen Wandel und große gesellschaftliche Veränderungen ausgelöst wird, wirkt sich unterschiedlich auf die Geschlechter aus und scheint eine ganz besondere Bedrohung für junge Männer darzustellen. Die Attraktivität von Rechtsextremismus für junge Männer kann neben der Zustimmung zu Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus (u.a.) als Kernelemente des Rechtsextremismus auch darin bestehen, dass die Möglichkeit eröffnet wird, „noch Mann sein zu dürfen“.

In rechtsextremen Szenen gibt es immer noch „echte Kerle“ und die dazu gehörenden „richtigen Frauen“. Diese Bilder finden sich unter anderem auch in rechtsextremer Musik und rechtsextremen Erlebniswelten wieder. Das sind Bereiche, die besondere Attraktivität für Jugendliche besitzen. Typisch für diesen erlebnisorientierten Rechtsextremismus sind Aktivitäten wie Aufmärsche, Spontandemonstrationen oder die Androhung und Ausübung von körperlicher Gewalt. Hierbei handelt es sich um „normal männliche“ Aktivitäten, die zu dem beschriebenen hegemonialen Männlichkeitsbild passen.

Bei dem Beharren auf dem hegemonialen Männlichkeitsideal des Rechtsextremismus scheint nebensächlich, dass andere wichtige Eigenschaften von Männern geleugnet werden und ein eindimensionales Bild gezeichnet wird, das es so in der Realität nicht gibt. Ein rechtsextremes Männlichkeitsideal von Stärke und Härte hat auch Kehrseiten: Sexismus geht auf Kosten von Frauen, Rechtsextremismus auf Kosten beider Geschlechter und auch (junge) Männer müssen einen sehr hohen Preis dafür zahlen, wenn sie alles, was in der Szene als „unmännlich“ wahrgenommen wird, nicht zulassen oder zeigen können.

Vom Teufelsglauben zur Verschwörung

Verschwörungstheorien vereinfachen und verfälschen Probleme und komplexe Zusammenhänge.

Von Antifaschistische Schüler_innen-Vernetzung Pankow [ASV]

Die Terroranschläge vom 11. September 2001, bei denen über 3000 Menschen ermordet wurden, stellen den wichtigsten Wendepunkt der weltpolitischen Lage in unserer Zeit dar. Wie fast alle Ereignisse von politischer und historischer Bedeutung, führte auch 9/11 zu einer Vielzahl von Verschwörungstheorien, die häufig, anstatt des islamistischen Terrornetzwerkes Al Qaida, einen Komplott der US-Regierung und ihrer Geheimdienste für die Anschläge verantwortlich machen.

In der pseudowissenschaftlichen Dokumentation „Loose Change“, die vor allem im Internet kursiert und sich in allen politischen Spektren großer Beliebtheit erfreut, wird der Bush-Regierung unterstellt, die Anschläge selbst geplant und durchgeführt zu haben. Obwohl seit jeher mit Verschwörungstheorien vereinfachende Geschichts- und Weltbilder produziert werden, sollte eigentlich angenommen werden, dass durch die Aufklärung und die Emanzipation von religiösen Gottesglauben eine deutliche Abnahme solcher falschen Welterklärungsmuster zu verzeichnen sei. Doch dies ist nicht der Fall.

Während menschliches Leid und unerklärliches Übel und Unrecht früher oft auf einen unergründlichen, göttlichen Willen geschoben wurde, wird solches heutzutage in den Taten vermeintlicher Verschwörer gesehen und so das Böse als überpersonale, weltbeherrschende und strippenziehende Macht in Form von wenigen Personen, die in kleinen Personengruppen agieren. Nach solchen Verschwörungstheoretiker_innen wollen die Verschwörer_innen mittels verborgener Machenschaften und konspirativer Unterwanderung eine neue Weltordnung schaffen.

An der Grundstruktur von Verschwörungstheorien hat sich im Laufe ihrer Geschichte nichts geändert: Die Verschwörer_innen sind extrem mächtigen Personen, da sie aufgrund ihrer geringen Zahl und Verbreitung Ereignisse von welthistorischer Bedeutung inszenieren können und außerdem über außerordentliche Geheimhaltungsmechanismen verfügen, weshalb außer den Verschwörungstheoretiker_innen und den Verschwörer_innen niemand die Pläne und Motive kennen kann. Die Machenschaften

der Verschwörer_innen sind die wichtigsten oder einzigen Ursachen des zu erklärenden Phänomens und alle Personen, die an den Erklärungen zweifeln, sind entweder getäuscht, erpresst oder Mitwissende und somit böse.

Verschwörungstheorien vereinfachen und verfälschen Probleme und komplexe Zusammenhänge. Strukturen der Wirklichkeit werden verschleiert und die ganze Wechselwirkung zwischen Gesellschaft, Wirtschaft und Staat verblendet. Der Lauf der Geschichte ist so dargestellt, als sei er durch das zielgerichtete und konspirative Handeln weniger Personen beeinflussbar. Auch heute werden viel zu oft Verschwörungstheorien als Erklärung für historische und gesellschaftliche Komplexität herangezogen. Dass es für die bescheuertesten Verschwörungphantasien im Stil der „gefälschten Mondlandung der Amerikaner“ keine unwiderlegten Beweise gibt, wird nicht als Fehlen einer Verschwörung gesehen, sondern gerade als Beweis dieser und der Macht ihrer Verschwörer, was das Böse nur umso mächtiger erscheinen lässt. Anstatt zu versuchen, fort-

schriftliche Kritik an bestehenden Verhältnissen zu formulieren, wird der tatsächliche Zusammenhang von gesellschaftlicher Ungerechtigkeit, Ausbeutung, und Herrschaft personalisiert, und dies obwohl jeder_jedem klar sein sollte, dass in einem System wie dem Kapitalismus Unterdrückung keine Namen und Adressen hat.

Es ist einfacher, das Böse zu personalisieren, als zu versuchen, komplexe Zusammenhänge aus Wirtschaft, Staat, Politik etc. zu verstehen, zu durchschauen und zu analysieren. Verschwörungstheorien sind nichts als falsche Erklärungen der Wirklichkeit, welche oft aus einer Unfähigkeit, gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen zu durchschauen, resultieren. Anstatt gegen das Schlechte als Ganzes vorzugehen, wird ein Sündenbock gesucht, womit nicht ansatzweise die eigentlichen Ursachen der Probleme bekämpft werden. Verschwörungstheorien sind kein Ausweg aus diesen Lebensverhältnissen! Sie verschleiern den Blick auf das Falsche und tragen so mittels falscher Krisenlösungen zu ihrer Existenz bei.



... und noch mehr Verschwörungstheorien:

1. **Bill Gates** ist der Teufel, denn korrekt heißt er William Henry Gates III. Wandelt man die Buchstaben seines Namens in ASCII-Werte um, ergibt dies folgendes: B 66 - I 73 - L 76 - L 76 - G 71 - A 65 - T 84 - E 69 - S 83 + 3 = 666.

Die 666 ist das Zeichen des Teufels.

2. „**Die Russen**“ haben an einem geheimen Stützpunkt in Sibirien Kinder mit außersinnlicher Wahrnehmung ausgebildet. Die Kinder können allein mit ihren Gedanken Menschen an jedem beliebigen Ort auf der Welt töten.

3. Das **AIDS-Virus (HIV)** wurde in CIA-Labors entwickelt, um in den USA „Afroamerikaner_innen“ und Minderheiten wie Homosexuelle auszurotten.

„In der BRD ist mensch bisweilen superlegalistisch“

Ein Interview mit Frank Brendle von der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK Berlin). Von Antifa Prenzlauer Berg [ABP]



APB: Hallo Frank, stell dich doch bitte kurz vor und sag, was du beruflich und politisch so machst.

Frank: Ich bin Landesgeschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen in Berlin und Redakteur der Vereinszeitschrift („ZivilCourage“). Durchs Schreiben verdiene ich auch mein Geld: Als freier Journalist für linke Medien.

APB: Der Landesverband Berlin-Brandenburg der DFG-VK kooperiert ja eng mit dem Büro für antimilitaristische Maßnahmen (BamM). Seit wann gibt es euch und was sind eure Arbeitsschwerpunkte?

Frank: Die DFG-VK ist ein Uralt-Verein, den gibt es schon seit 1892. Gründerin war Bertha von Suttner, eine gutbürgerliche Pazifistin. Heute versammelt die DFG-VK eine relativ breite Palette von eher bürgerlichen Friedensbewegten und radikaleren Antimilitarist_innen. Wir zählen uns zu den letzteren.

In Berlin haben wir die DFG-VK 1999 reorganisiert, der unmittelbare Anlass war der Nato-Krieg gegen Jugoslawien, bei dem die BRD mitmachte.

Wir versuchen, zwei Dinge miteinander zu vereinbaren: grundsätzliche inhaltliche Kritik am Militarismus und die Aktion auf der Straße. Dazu machen wir Veranstaltungen, die sich mit konkreten deutschen (Wirtschafts-)Interessen in diversen Kriegsregionen befassen, aber auch grundsätzliche Fragen aufwerfen, etwa die Art und Weise, wie zivile Hilfsorganisationen sich leider viel zu häufig mit dem Militär einlassen.

Ein anderer Schwerpunkt ist Militärtradition: Trotz aller Modernisierungen ist die Wehrmacht in der Traditionspflege anscheinend immer noch unerlässlich. Das, was wir uns dazu erarbeiten, stellen wir in Veranstaltungen vor, und möglichst folgt eine Aktion draus. An den GelöbNIX-Demos beteiligen wir uns regelmäßig. Du weißt ja: Immer am 20. Juli marschiert die Bundeswehr zum „öffentlichen GelöbNIX“ auf, seit diesem Jahr am Reichstag. Wenn das Militär in die Öffentlichkeit geht – bitte! Dann kriegt es aber auch unseren öffentlichen Protest ab!

APB: Warum findest du es wichtig, dich gegen Krieg und Militarisie-

rung zu engagieren?

Frank: Kaum irgendwo wirkt Gewalt so nackt und blutig, wie im Militär und durch das Militär. Wir sehen das Militär aber weniger moralisch als „böse Sache“, sondern interessieren uns für seine Funktion. Mindestens genau so schlimm, wie militärische Gewalt, ist ja die Gewalt durch wirtschaftliche Macht.

Grundlage des Kapitalismus ist die Ausbeutung eines Großteils der Menschheit, egal wieviele Menschen deswegen verhungern. Diese kapitalistische Gewalt – wie auch die patriarchale Gewalt – beruht auf Wirtschaftsmacht, aber sie stützt sich letztlich aufs Militär. Deswegen betonen wir in unserer antimilitaristischen Arbeit immer die grundsätzliche Herrschaftskritik.

APB: Die Bundeswehr beteiligt sich ja seit geraumer Zeit wieder an Auslandseinsätzen und betitelt diese als Friedensmissionen. Welche Auffassung habt ihr zu den Einsätzen?

Frank: Das lässt sich in den offiziellen Strategiepapieren nachlesen: Es geht darum, die „Grundlage unseres Wohlstandes“ abzusichern, d. h. den real exi-

stierenden Kapitalismus. Rohstoffe und Transportwege freizubehalten – notfalls eben freizuschießen – erklärt das offizielle „Weißbuch“ zur Aufgabe für die Bundeswehr. Die BRD versteht sich als wirtschaftliche Großmacht, die militärisch – noch – Nachholbedarf hat. Die Verteilungskämpfe werden zunehmen, auch die inneren imperialistischen Konkurrenzen. Da gilt es „vorzubeugen“. Deswegen wird die Bundeswehr weltweit postiert – und übrigens auch fürs Inland fitgemacht.

APB: Nicht nur an Universitäten und in Arbeitsämtern wirbt die Bundeswehr für sich. Auch an Schulen gibt es immer wieder Veranstaltungen sowie Infobusse und -stände der Armee. Welches Ziel verfolgt sie dort und wie können Schüler_innen dagegen vorgehen?

Frank: Die Wehrpflicht ist heute als Rekrutierungsmittel nicht

mehr so wichtig. Die Bundeswehr will Profis. Aber: Nur relativ wenige Jugendliche wollen als Zeitsoldat_innen zum Militär. Die Bundeswehr hat ein echtes Personalproblem, die Stellen können derzeit höchstens zu 90 Prozent besetzt werden, und der Geburtenknick wird das Problem verschärfen. Deswegen versuchen die Militärwerber_innen auf Ausbildungsmessen, in Schulen usw. junge Frauen und Männer von sich zu überzeugen. Wir empfehlen den kreativen Umgang damit: Manche „Beratungstunden“ sind durch heftiges Nachfragen des Publikums schon geplätzt, auch Sahnetorten kamen zum Einsatz. Und nicht vergessen: Wer sich verpflichtet, stimmt automatisch seiner Auslandsverwendung zu!

APB: Die Schüler_innen, die diese Zeitung lesen, werden in naher Zukunft mit dem Wehrdienst konfrontiert. Was können diese deiner Meinung nach dagegen tun?

Frank: Wir lehnen die Wehrpflicht ab, auch der Zivildienst beruht nur auf staatlichem Zwang. Unser Tip: Maximal ein Drittel der jungen Männer werden wirklich einberufen. Also: Musterung verzögern, den Antrag auf Kriegsdienstverweigerung nicht voreilig stellen, sondern zurückhalten, als taktisches Reservemittel. Bei Detailfragen empfehlen wir www.kampagne.de.

APB: Am 31. Juli 2007 wurden drei Personen verhaftet, nachdem sie versucht haben sollen, Bundeswehrfahrzeuge anzuzünden. Ihnen sowie vier weiteren wurde die „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ vorgeworfen. Warum unterstützt ihr die Angeklagten u.a. mit einer Solidaritätserklärung?

Frank: Ist doch klar – ihnen wird entschiedener, tatkräftiger Antimilitarismus vorgeworfen. In anderen Ländern gehört es selbstverständlich zur Breite der Bewegung, dass Leute Militärflugzeuge kaputtmachen, mit Hämmern auf Radareinrichtungen hauen, in Depots einbrechen usw. In der BRD ist mensch bisweilen noch superlegalistisch.

Umso mehr hat es mich gefreut, dass unser Antrag an den DFG-VK-Bundeskongress, sich solidarisch mit den Angeklagten zu verhalten, angenommen wurde. Und von wegen „Terrorismus“ – da sitzt die Bundeswehr aber so was von im Glashaus; deutsche Tornados sind es ja schließlich, die in Afghanistan den Nato-Bombern die Zielkoordinaten zuweisen, wodurch jede Woche Dutzende von Zivilist_innen zerfetzt werden.

APB: Vielen Dank fürs Gespräch!



Armeezeug fängt manchmal Feuer - So ist das nunmal

Verfolgung der Sinti und Roma im Nationalsozialismus

Sogenannte Zigeuner_innen waren eine der Hauptopfergruppen des deutschen Faschismus: Rund 500.000 wurden während des Naziterrors bestialisch ermordet.

Diesen Artikel haben wir mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber_innen der Broschüre „Kein Vergessen - 70. Jahrestag der Errichtung des Zwangslagers für Sinti und Roma in Berlin-Marzahn“ entnommen und geringfügig redaktionell bearbeitet. Download: www.kein-verstecken.de/keinvergessen_heft.pdf

Während der Zeit des Nationalsozialismus waren die Sinti und Roma eine der Hauptopfergruppen der nationalsozialistischen Rassenpolitik und somit von einem gezielten Völkermord betroffen. Rund 500.000 Sinti und Roma brachten die Nazis während ihrer Herrschaft um. Einzig und allein aus „Gründen der Rasse“ wurden sie im gesamten europäischen Machtbereich der Nationalsozialisten ausgegrenzt, entwürdigt, entrechtet, verfolgt und ermordet. Die besonderen Merkmale dieser Verbrechen sind die ideologischen Vorbereitungen, die systematische Organisation, die totale Erfassung, die bürokratische Planung, sowie die fabrikmäßige Vernichtung.

Der Holocaust war eben kein blindes Wüten, kein hassefüllter Exzess, kein Pogrom, sondern politisches Programm. Er wurde kaltblütig und kontrolliert vollzogen. Die Entwürdigung, Verleumdung, Beraubung und Deportation der Opfer fand in der Öffentlichkeit statt. Grundlage war die in Universitätschriften wie Schulbüchern verbrei-

tete Rassenideologie der Nazis, die Aufteilung in „Herrenmenschen“ und „Untermenschen“. Das erklärte Ziel wurde „Ausmerzen“ oder „Reinigung des Volkskörpers“ genannt und bedeutete am Ende nichts anderes als die Vernichtung vor allem aller Jüd_innen sowie Sinti und Roma. Vom gerade geborenen Säugling bis zu den alten Menschen. Keine_r sollte entkommen. Bereits 1931 hatte eine Stelle der SS in München mit der Erfassung der „Juden und Zigeuner“, der beiden so genannten „außereuropäischen Fremdassen“, begonnen.

Gleich 1933 verlangte das „Rassen und Siedlungsamt“ der SS in Berlin, dass „Zigeuner und Zigeunermischlinge“ in der Regel unfruchtbar gemacht werden. Die „Nürnberger Gesetze“ des Jahres 1935 stellten Sinti und Roma in der gesetzlichen Verfolgung mit den Jüd_innen gleich. Und schon am 3. Januar 1936 wies der Minister des Inneren, Frick, in einer vertraulichen Mitteilung an alle Ämter die Anwendung des „Blutschutzgesetzes“ an. Durch die Anwendung

des „Reichsbürgergesetzes“ und des „Blutschutzgesetzes“ verloren die Sinti und Roma zusammen mit den jüdischen Bürger_innen ihre deutsche Staatsbürgerschaft, Ehen zwischen Sinti oder Roma mit so genannten „Ariern“ wurden verboten. 1937 und 1938 erfolgten die ersten Berufsverbote für Selbstständige und Beamte.

Neben der Lohnsteuer wurde eine „Rassensondersteuer“ eingeführt, da „Zigeuner“ - laut der Parteikanzlei der NSDAP - „gewisse rassische Ähnlichkeit mit den Juden aufweisen“. Die Nationalsozialisten standen allerdings bei den katholischen und evangelischen Sinti und Roma, die nicht von den Weimarer Behörden als „Zigeuner“ erfasst waren, zunächst einmal vor der „Frage der Rassendiagnose“. Deshalb wurde im November 1936 im Reichsgesundheitsamt in Berlin das „Institut für Rassenhygiene“ unter der Leitung des Tübinger Kinder- und Nervenarztes Dr. Robert Ritter eingerichtet. Dr. Adolf Würth, ebenso Eva Justin und Sophie Erhardt, ein führendes Mitglied

dieses „Instituts“, formulierten 1938 im „Anthropologischen Anzeiger“ als Zielvorstellung: „So wie der nationalsozialistische Staat die Judenfrage gelöst hat, so wird er auch die Zigeunerfrage grundsätzlich regeln müssen.“

Die in den Hetzkampagnen der NS-Presse verbreiteten Verleumdungen wurden von Nazi-Wissenschaftlern zu „rassenbiologischen Erkenntnissen“ hochgestapelt. Im Grunde aber betrieb das Berliner „Institut für Rassenhygiene“ nichts anderes als eine systematische Ausgrenzung und Erfassung, auf deren Grundlage die Nazis über 500.000 Sinti und Roma bestialisch ermordeten. Die sogenannten „Rassengutachten“, unterzeichnet von Ritter, Würth u.a., waren Urteile, die den Ausschlag für die Deportation in die Konzentrationslager und damit oft für den Tod gaben. Die sogenannte „Evakuierung“ in Konzentrationslager oder die Zwangssterilisation empfahlen sie ausdrücklich. Auftraggeber war der Reichsführer der SS, Heinrich Himmler.

Vom 13. Juni bis August 1938 wurden in einer Sonderaktion zahlreiche Sinti und Roma nach den Kriterien männlich, erwachsen und ledig in die Konzentrationslager Dachau sowie Buchenwald und später auch nach Mauthausen deportiert. Im gleichen Jahr wurden die Sinti und Roma festgesetzt und damit vor allem diejenigen, die berufsmäßig auf das Reisen angewiesen waren, in die Arbeitslosigkeit gestürzt.

Im Oktober 1938 übernahm Himmler die „Zigeunerpolizeistelle“ in München samt Personal und Akten und überführte sie in das Reichskriminalpolizeiamt in Berlin. Sie erhielt dort die neue Bezeichnung „Reichzentrale zur Bekämpfung des Zigeunerwesens“. Am 8. Dezember 1938 erging Himmlers „Grunderlass“ zur „Regelung der Zigeunerfrage aus dem Wesen der Rasse heraus“. Am 27. April 1940 folgte eine weitere Anordnung des Reichsführers der SS: Die erste Deportation von kompletten Sinti- und Roma-Familien in das so genannte Generalgouvernement.

Der 16. Mai 1940 war für viele

Sinti und Roma ein schicksalhafter Tag: Der Beginn der ersten großen Massendeportation von Familienweisen in die Ghettos, sowie in die Arbeits- und Konzentrationslager in den besetzten polnischen Gebieten. In Polen wurden Sinti und Roma von der SS unter unmenschlichen Bedingungen als Arbeitsklaven eingesetzt: In Steinbrüchen, im Straßenbau und in der Rüstungsindustrie. Andere kamen direkt in die Konzentrationslager. Viele Sinti und Roma wurden zunächst östlich von Krakau (Kraków) in die Konzentrationslager Mnichow und Kattowitz (Katowice) gesperrt und von dort aus zur Zwangsarbeit in weitere Lager deportiert, oder kamen direkt in die Ghettos von Warschau und Radom. Einige der Gefangenen kamen jedoch nicht einmal so weit. Viele wurden Opfer durch Massenerschießungen und mußten ihr Grab zuvor selbst ausheben, andere wurden im Vergasungswagen - ein abgedichteter Bus, in den Abgase eingelassen wurden - getötet.

Als Sklavenarbeiter_innen waren Sinti und Roma Opfer des Vernich-



tungsprogramms in SS-Unternehmen und in deutschen Rüstungsbetrieben. Sie wurden nicht nur in den großen Rüstungswerken von Siemens, VW, IG Farben, Daimler-Benz, AEG und BMW ausgebeutet, sondern auch in den kleinen Zulieferbetrieben der Rüstungsindustrie. Die Arbeitsbedingungen in den einzelnen Betrieben waren ähnlich grausam und unmenschlich, wie in den Konzentrationslagern selbst. Sklavenarbeit von täglich 12 bis 15 Stunden bei völlig unzureichender und mangelhafter Ernährung war die Regel. Sie führte nach wenigen Wochen zu Unterernährung, Krankheit, Entkräftung und somit zum sicheren Tod. Hinzu kamen Tausende von Sklavenarbeiter_innen, die von der SS bei der Arbeit misshandelt, erschlagen und erschossen wurden.

Neben Sammel- und Arbeitslagern sahen die Nazis für viele Roma und Sinti auch die Deportation in Vernichtungslager vor. Am 16. Dezember 1942 befahl Himmler, „Zigeunermischlinge“, „Rom-Zigeuner“ und Angehörige „zigeunischer Sippen balkanischer Herkunft“ in Konzentrationslager einzuweisen. Im März 1943 erfolgte der eindeutige Befehl, dass eine Einweisung ohne Rücksicht auf den „Mischlingsgrad“ zu erfolgen habe. Im Reichsgebiet begann daraufhin das „Große Aufräumen“, die Endlösung. Unter Mit-

hilfe der Bevölkerung machte die Polizei Jagd auf die letzten Opfer. Vor der Deportation wurde ihnen erklärt, jede_r bekäme ein Stück Land im Osten. Die Realität aber war ein gesondertes „Zigeunerlager“ in Auschwitz-Birkenau.

Hunderte Soldaten, die nicht einmal wussten, dass sie als „Zigeunermischung“ galten, wurden vom Frontdienst herausgeholt und mussten ihre Uniform ausziehen. Die Sterblichkeitsrate im „Zigeunerlager“ war enorm hoch. Von 23.000 Menschen (von Februar 1943 bis zum Juli 1944 registriert) starben rund 13.000 an Unterernährung, Seuchen und Misshandlungen. So wurden Frischlinge auf Strohsäcken abgelegt, bevor ihnen ihre Registrierungsnummer in den Oberschenkel tätowiert wurde.

Außer dem Programm „Vernichtung durch Arbeit“, den Geiseler-schießungen, den Massenmorden durch Einsatzgruppen hinter der Front, dem Tod im Lager und der Vergasung von Kranken und von Menschen, die wegen ihrer bestialischen Zurichtung auf den Nazis für nicht arbeitsfähig erklärt wurden, hatte das Völkermordprogramm noch eine weitere bestialische Variante: die Menschenversuche der KZ-Ärzte. Im Dienste verschiedener Arzneimittelfirmen wurden riskante neue Medikamente und Impfstoffe

ausprobiert, an denen zahlreiche Häftlinge starben. Universitätsprofessoren „bestellten“ sich Sinti und Roma aus den Konzentrationslagern, um Fleckfieberversuche durchzuführen. Für die Luftwaffe wurde die Meerwassertrinkbarkeit an Menschen getestet. In Auschwitz holte sich Lagerarzt Dr. Mengele Zwillingenkinder aus den „Zigeunerbaracken“. Verschiedene Sterilisationsexperimente mit Injektionen und Röntgenstrahlen wurden in mehreren Konzentrationslagern vorgenommen. Viele Männer und Frauen fanden dabei den Tod.

Anfang August 1944 wurde das „Zigeunerlager“ in Auschwitz-Birkenau aufgelöst. Von den laut Lagerführung einst rund 21.000 Häftlingen lebten noch ca. 4000. Diejenigen, die noch als arbeitsfähig galten, wurden in andere Lager verschleppt. Die 2897 Alten, Frauen und Kinder blieben zurück und wurden in der Nacht vom 2. zum 3. August 1944 vergast. Als sich in den letzten Kriegsmonaten die Sowjets der Front näherten, wurden Zwangsarbeiter_innen wieder „deutschgemacht“ und als „Kanonenfutter“ an die Front geschickt. Zu dieser Zeit waren die noch bewegungsfähigen deutschen Soldaten schon längst auf dem Rückzug. Einzig die Sinti und Roma sowie Jüd_innen sollten nun das Dritte Reich noch sichern.

Sinti und Roma heute in Europa

Bürgerkriegsähnliche Szenen spielten sich am 17. November in Litvinov-Janov im tschechischen Erzgebirge ab. Hunderte Neonazis stürmten nach einem Aufmarsch unter Beifall vieler Schaulustiger eine Roma-Siedlung. Nur mit Mühe konnte die Polizei den Mob nach stundenlangen Straßenschlachten abwehren.

Von Antifa Prenzlauer Berg

Dieses extreme Beispiel illustriert, dass Sinti und Roma in Europa nach wie vor Anfeindungen und Diskriminierung ausgesetzt sind. Jedoch sind dafür nicht nur ein paar vereinzelt Wirrköpfe verantwortlich. Motor dieser Entwicklung sind meist Medien und Politik. Auch bekannte Persönlichkeiten wie der Parteivorsitzende der Christdemokraten in der Tschechischen Republik, Jiri Cunek, fallen immer wieder durch menschenverachtende Äußerungen über Sinti und Roma auf. Er warf als Bürgermeister der Stadt Wesetin 230 Sinti und Roma aus ihren Wohnungen und deportierte sie in Container. Anschließend begründete er diese Maßnahme im tschechischen Fernsehen mit den Worten: „Ich entferne doch nur ein Geschwür; das machen die Ärzte doch auch.“

Doch auch in anderen Ländern ist die Situation mehr als problematisch. Viele der mehr als zehn Millionen Sinti und Roma in Europa müssen in Slums leben, die sich meist vor den Toren der Städte befinden. In Rumänien verfügen zum Beispiel nur 70 Prozent der Roma-Haushalte über eine direkte Wasserversorgung (1). Doch selbst um diese Unterkünfte müssen viele Bewohner_innen bangen. Ihre Siedlungen sind der Politik und Anwohner_innen ein Dorn im Auge, so dass es nicht

selten zu Räumung und Vertreibung kommt. Oft werden die Räumungen nur kurz vorher angekündigt, so, dass den Betroffenen die Obdachlosigkeit droht. Aber eine wirkliche Alternative zu den Siedlungen gibt es für die Betroffenen meist nicht, da sie in fast allen Lebensbereichen benachteiligt werden. Dies umfasst auch den Zugang zu Bildung. In Rumänien gibt es zum Beispiel separate Klassen für Kinder aus Roma-Familien. Aber auch der Zugang zu medizinischer Versorgung oder zum Arbeitsmarkt wird meist stark eingeschränkt.

Wer jedoch denkt, solche Verhältnisse herrschen nur in Osteuropa, irrt. Besonders in Italien ist die Situation in letzter Zeit untragbar geworden. Im Mai diesen Jahres griffen etwa hundert Personen mit Schlagstöcken und Molotowcocktails eine Roma-Siedlung in Neapel an und setzten sie in Brand. 800 Menschen mussten daraufhin fliehen. Der Innenminister rechtfertigte derartige Vorkommnisse: „Angriffe auf Einwanderer durch Bürgerwehren geschehen eben, wenn Zigeuner Babys stehlen oder wenn Roma sexuelle Gewalt begehen.“ Diverse weitere Politiker_innen stellten Roma durch Äußerungen pauschal in eine kriminelle Ecke und trugen zu Anfeindungen bei.

Durch das angeheizte Klima wurden schnell Rufe nach einer Lösung des „Zigeuner-Problems“ laut. Folge waren Massenabschiebungen, Sondergesetze zur Erfassung aller Sinti und Roma in speziellen Karteien sowie die Deportierung in spezielle Lager. Diese liegen nicht selten in direkter Nähe zu Mülldeponien oder anderen gesundheitsschädlichen Orten.

Doch so schlimm die Situation in Italien auch sein mag, es sollte nicht aus den Augen gelassen werden, dass auch in Deutschland Sinti und Roma mit Anfeindungen zu leben haben. In einer Umfrage antworteten knapp 80 Prozent aller Befragter, sie seien auch schon häufiger von Diskriminierung betroffen gewesen (2). Und auch als Anfang der 1990er Jahre das rassistische Klima seinen Höhepunkt fand, waren unter den Betroffenen Sinti und Roma. Es gab Brandanschläge, gewalttätige Übergriffe und Zwangsräumungen. Wir sollten dafür eintreten, dass es nie wieder soweit kommt und die rassistische Hetze gegen Sinti und Roma ein Ende nimmt.

[1] Amnesty Report 2008, Rumänien
[2] Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, Oktober 2006



Rassismus erkennen und überwinden

Am 6. Dezember 2008 jährt sich der Todestag von Amadeu Antonio zum 18. Mal. Aus diesem Anlass veranstaltet die Barnimer Kampagne „Light me Amadeu“ erneut eine antirassistische Demonstration in Eberswalde.

Ein Beitrag der Antifaschistischen Aktion Bernau

Die Kampagne läuft zum einen, um an Amadeu zu erinnern, zum anderen, um Forderungen, wie „Residenzpflicht und Gutscheinsystem abschaffen“ in die Öffentlichkeit zu tragen. Im letzten Jahr beteiligten sich etwa 230 Menschen aller Altersgruppen an der Demonstration. Auch wir unterstützen in diesem Jahr die Aktion und wollen auf die Missstände in der Gesellschaft aufmerksam machen.

Wer war Amadeu Antonio?

Amadeu Antonio lebte als Vertragsarbeiter in Eberswalde. In der Nacht vom 24. auf den 25. November 1990 zog eine Gruppe von etwa 50 Neonazis mit Baseballschlägern durch die Stadt, um Jagd auf „Schwarze“ zu machen. In einer Gaststätte trafen sie auf drei Menschen mit dunkler Hautfarbe, die sie brutal verprügelten. Während zwei der Opfer teils schwer verletzt flüchten konnten, erwachte der 28jährige Amadeu nicht mehr aus dem Koma. Er starb zwei Wochen später an den Folgen des rassistischen Überfalls. Nach der Wiedervereinigung war er eines der ersten Todesopfer rassistischer Gewalt. Fünf der Täter wurden im

September 1992 vom Bezirksgericht Frankfurt/Oder zu Bewährungs- und maximal vierjährigen Haftstrafen verurteilt. Wer genau die tödlichen Schläge ausführte, war nicht nachzuweisen. Zur Erinnerung an diese Tat und zum Kampf gegen Rechtsextremismus wurde 1998 die Amadeu Antonio Stiftung gegründet.

Rassismus - eine Erfindung der extremen Rechten?

Dass Rassismus ein gesamtgesellschaftliches Problem ist und es sich nicht in die rechte Ecke abschieben lässt, sollte jeder und jedem klar sein. Gerade am Beispiel Brandenburg wird das sichtbar. Das Land ist nicht nur unter den ersten fünf, wenn es um rechte Gewalttaten geht. In Sachen Rassismus führt Brandenburg die Tabelle an. 49,7 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren befürworten Aussagen wie „die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer_innen in einem gefährlichen Maß überfremdet.“ oder „wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer_innen wieder in ihre Heimat zurückschicken.“ (Decker/Brähler: Vom Rand zur Mitte, 2006). Doch

bei einem „Ausländer_innenanteil“ von durchschnittlich 1,9 Prozent in Brandenburg klingen solche Aussagen absurd. Gerade in ländlichen Regionen des Bundeslandes ist der Anteil noch viel geringer, doch die rassistischen Vorurteile viel ausgeprägter.

Grenzen auf für alle – auch innerhalb der BRD

Immer dann, wenn Flüchtlinge z.B. Freund_innen und Verwandte außerhalb „ihres Landkreises“ besuchen sowie zu Ärzt_innen oder Rechtsanwäl_t_innen fahren wollen, kann ihnen dies zum Verhängnis werden. Seit 1982 unterliegen Asylsuchende, deren Anträge noch bearbeitet werden, in der BRD einer Aufenthaltsbeschränkung nach dem Asylverfahrensgesetz §56 – der sogenannten Residenzpflicht. Sie dürfen den Bezirk/Landkreis der Ausländerbehörde, in dem sie gemeldet sind, nicht verlassen. Unter Umständen kann sich ein Asylverfahren über einen sehr langen Zeitraum erstrecken, was im Extremfall dazu führt, dass ein Flüchtling bis zu zehn Jahren an dieses Ergänz wird die Schikane durch

„Vor Gericht landet ein Flüchtling, wenn sie oder er ohne eine Genehmigung außerhalb ihres oder seines gemeldeten Landkreises polizeilich kontrolliert wird. Zur Folge hat dies eine hohe Geldbuße oder einen Gefängnisarrest von bis zu zwei Jahren.“

Gesetz gebunden bleibt. Eine sogenannte „Verlassenserlaubnis“ für eine kleine Reise zu erhalten ist oft sehr aufwändig, und die Genehmigung hängt vom Wohlwollen der Behörde ab. Vor Gericht landet ein Flüchtling, wenn sie oder er ohne eine Genehmigung außerhalb ihres oder seines gemeldeten Landkreises polizeilich kontrolliert wird. Zur Folge hat dies eine hohe Geldbuße oder einen Gefängnisarrest von bis zu zwei Jahren.

eine Eintragung ins Führungszeugnis als „vorbestraft“, womit die Anerkennung als Asylsuchende_r faktisch unmöglich ist. Besonders Menschen mit vermuteter afrikanischer, asiatischer oder lateinamerikanischer Herkunft werden viel öfter kontrolliert. Die speziellen Gesetze für Flüchtlinge führen dazu, dass Jurist_innen oder Polizist_innen oft am Sinn dieser Gesetze zweifeln. „Über deren Sinn oder Unsinn habe ich nicht zu befinden, aber ich muss Sie (leider) bestrafen / kontrollieren / anders behandeln.“ Die offizielle Begründung für die Residenzpflicht lautet: Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, bessere erteilung der öffentlichen Lasten und schnellere Erreichbarkeit im Asylverfahren.



Das u. a. von der Amadeu Antonio Stiftung betriebene Internetportal www.mut-gegen-rechte-gewalt.de bietet täglich neue Informationen im Kontext Rechtsextremismus - Antisemitismus - Rassismus. Zudem werden sich in diesem Feld engagierende Projekte vorgestellt, sowie regelmässig Broschüren herausgegeben.

Und nu?

Uns ist bewusst, dass sich an den rassistischen Verhältnissen von heute auf morgen nicht viel ändern wird, erst recht nicht durch eine einzelne Demonstration. Doch dabei soll es auch nicht bleiben. Es gilt sich weiterhin, gegen Rassismus stark zu machen. Sei es in der Schule, auf der Arbeit, in der S-Bahn oder bei behördlichen Einrichtungen. Immer dort, wo Rassismus auftaucht, ist es wichtig, ihm was entgegenzusetzen. Solidarisiert euch mit Flüchtlingen und macht auf die Problematik in eurem Umfeld aufmerksam. In diesem Sinne: Für eine solidarische und grenzenlose Gesellschaft.

**Antirassistische Demonstration:
6. Dezember 2008 //
14 Uhr //
Paul-Wunderlich-Haus
Eberswalde (Am Markt).
antifabernau.blogspot.de/**

LACH- UND SACHGESCHICHTEN AUS HEINERSDORF

Lachen oder weinen? Die Entscheidung in dieser Frage war meist knapp, wenn es um die zurückliegenden Statements im Konflikt um die Heinersdorfer Moschee ging, die ipahb, CDU und Konsorten zum Besten gaben. Deren Rassismus und Standortnationalismus wurde dazu noch extrem plump verpackt. Wir haben uns letztlich fürs Lachen entschieden und präsentieren die elf dämlichsten, verwirrendsten und unsinnigsten Statements und Aktionen. Von Emanzipative & Antifaschistische Gruppe [EAG]

1 Der BVV-Verordnete Dieter Michehl (CDU) warf im August 2006 dem antirassistischen Heinersdorfer-Bündnis wegen eines Plakates vor, Heinersdorfer Bürger_innen „wie damals die Neger in der Sklaverei“ verkaufen zu wollen. Auf dem Plakat war eine schwarze Frau abgebildet. Die Assoziationskette soll ihm erstmal jemand nachmachen.

2 In einem ersten, anonym publiziertem Flugblatt zur Heinersdorfer Moschee wurden ein paar wirklich komische Argumente aufgeführt, wieso ein solches Gebäude abzulehnen sei. Das mit Abstand Überzeugendste war, dass die Moscheekuppel den Mobilfunkempfang in Heinersdorf verschlechtern würde. Nein, dafür - also für mehr Telefonanschlüsse - waren „wir“ („sind das Volk“) ja erst vor 20 Jahren auf die Straße gegangen. Das darf man sich, Gott behüte, nicht von denen kaputtmachen lassen.

3 Der ipahb-Vorsitzende Joachim Swietlik gab anlässlich der Antifa-Demo im August 2006 zu Protokoll, dass „die so genannte ANTIFA joblend und grölend durch Heinersdorf zog und die persönlichen Meldedaten von ipahb

Mitgliedern öffentlich, wie zu Zeiten der nationalsozialistischen Pogrome, verlesen wurden.“ Ob anschließend vom aufgehetzten antifaschistischen Mob Heinersdorfer Geschäfte geplündert, das ipahb-Büro und die Dorfkirche in Brand gesteckt oder Heinersdorfer_innen abtransportiert wurden, darüber schweigt sich Herr Swietlik aus.

4 „Das Kalifat, das hier bald die Macht übernehmen will“, „die Russen, die uns alle Häuser wegkaufen“, „und diese pakistanischen Gesichter. Sowas will man hier bei uns nicht haben“: Die ipahb wurde nicht müde, diese verhetzten Kommentare, die Teilnehmer_innen ihrer Demonstrationen in die anwesenden Presse-Mikrofone diktierten, von sich zu weisen. Dass sie ähnliche Inhalte verbreitete, wurde unter anderem an einer Karikatur deutlich, die sich auf der ipahb-Internetseite befand. Dargestellt waren Pankower Politiker, die in Form eines Trojanischen Pferdes dem Islam das Tor des Heinersdorfer Wehrdorfes öffneten. Nein, das sei keine Verleumdung, es ist Presse- und Kunstfreiheit, so die ipahb.

5 Kurz vor einer ipahb-Demonstration erhielt diese einen Brief vom Pankower Ordnungsamt, das die Entfernung von wild-geklebten Demonstrationsplakaten in Rechnung stellte. Die ipahb schickte daraufhin einen ihrer zahlreichen Fotografen in die Höhle des Löwen (zum S-/U-Bhf. Pankow), um dort die zahlreichen „linken Plakate“ zu fotografieren und so zu zeigen, dass die doch viel schlimmer seien. Er fand 1 (in Worten „ein“) Antifa-Plakat, dazu eins von „solid“ und zwei der „JungdemokratInnen“. Damit der Webbeitrag nicht ganz so trist aussah, wurden noch Aufkleber, ein Yoga-Plakat und ein Auftragsgraffiti abgelichtet. Schlimm, wie das da alles verkommt.

6 Parallel zu den regelmäßigen Demonstrationen gegen den Moscheebau veränderte sich auch das Klima in Heinersdorf. Nicht nur bekennende Muslimas, auch offen auftretende Aktivist_innen der Initiative „Heinersdorf öffne dich“, die sich kritisch zur ipahb positionierten, wurden von ihren Nachbarn gemobbt. Für böse Kommentare reichte es schon aus, NICHT an den ipahb-Demos teilzunehmen. Als dann im März 2007 ein Bauwagen auf dem Moscheegelände in Brand

gesteckt wurde, war sich die ipahb nicht zu schade, ein Statement zu veröffentlichen, in dem behauptet wurde, dass der Brand wahrscheinlich von einer technischen Störung herrühre. Welche technische Störung im Juli 2008 für den Schriftzug „Raus mit diesem Scheiß! NSDAP“ an der Moschee-Kuppel verantwortlich sein könnte, gab die ipahb noch nicht bekannt.

7 Heinersdorf in Angst: Nachdem im Dorf Antifaplakate auftauchten, auf denen ein erhängter Gartenzwerg zu sehen war - eine Metapher auf die dummdenke Schrebergarten-Mentalität -, zogen sich die Heinersdorfer_innen bereitwillig diesen Schuh an und warfen den Plakat-Macher_innen vor, die Heinersdorfer_innen erhängen zu wollen. Bekanntlich blieb es bei aufgehängten Plakaten und Transparenten. Eine Schande sowas.

8 Dass die zahlreichen Neonazis auf ipahb-Demos zum öffentlichen Problem für die Außendarstellung der Bürger_innen-Ini werden können - die unorganisierten Rassist_innen wurden weiter hofiert - führte spätestens mit der ipahb-Demo im Juli 2007 dazu, dass dem Demomotto der Zusatz „gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus“ gegeben wurde. Dies führte zu der skurrilen Situation, dass auf einer Demonstration „gegen Rechtsextremismus“ bis zu 300 Neonazis von REP, NPD und Freien Kameradschaften mitliefen.

9 Auf dem Höhepunkt der Kampagne gegen die Moschee, im August 2006, verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf das Haus des damaligen Pankower CDU-Vorsitzenden René Stadtkewitz. Auch wenn die Polizei nach kurzer Zeit verlauten ließ, dass die Vorgehensweise des Anschlags „szeneuntypisch“ wäre, sie also nicht nach linken Täter_innen fahnde, war die Sache für Stadtkewitz sofort klar: Die Antifa war's. Nicht unpassend schließlich stand eine Antifa-Demo in Heinersdorf vor der Tür - hetzte die CDU und die ipahb gezielt gegen deren Organisator_innen. Unabhängig davon, dass bis heute die Brandstifter_innen nicht gefasst wurden, teilte die Polizei stets auf Nachfrage mit, dass sie von einer Beziehungstat ausgeht, den die Brandstifter_in also im persönlichen Umfeld des damaligen CDU-Vorsitzenden suche.

10 Die Moschee wurde bekanntermaßen gebaut. Auch Klagen gegen die Baufirma halfen da nicht. Zeit also für die ipahb, ihre Mischung aus Rassismus und Standortnationalismus anders zu kanalisieren. Als geeignetes Ziel erschien da das „Weißenseer Blumenfest“ 2008 und es entstand eines der legendären ipahb-Videos. Das Events sei auch nicht mehr das, was es einmal war, trauerte die quietschlebensdige Stimme aus dem Off. Die Blumen seien Würstchen- und Billig-Krams-Ständen gewichen und zum Beweis war CDU-Stadtkewitz als rasender Reporter im Dienste der ipahb unterwegs. Gefilmt wurden migrantische Standbetreiber, einen denunzierte die Reporter als vermeintlichen „Schwarzarbeiter“.

11 Der Bau der Moschee hat in der Pankower CDU, die in Berlin traditionell als rechter Rand der Partei verrufen ist, zu einigen Konflikten geführt. Nicht nur, dass der Schatzmeister der CDU-Ortsgruppe Pankow-Nord, Bernhard Lasinski, im April 2006 an einem NPD-Aufmarsch teilnahm und danach seinen Posten räumen musste. Der Ortsverbandsvorsitzende von Schönhauser Allee, Karl Hennig, der sich positiv zum Moscheebau äußerte, hatte bereits vorher seinen Austritt aus der Partei erklärt. Auch René Stadtkewitz, der im gesamten Konflikt stets die Rolle des Scharfmachers in CDU und ipahb einnahm, musste letztendlich seinen Posten räumen. Sein Nachfolger Peter Kurth versucht seitdem, das Moschee-Thema im Pankower Verband nicht mehr zum zentralen Thema werden zu lassen - gegen den energischen Widerstand seines Vorgängers.

ABSCHLIESSEND:

Bei der letzten Kundgebung der ipahb hatten wir wieder viel zu lachen (siehe Seite 5). Trotz Mobilierung auf bundesweit bekannten Internetseiten, kamen letztlich nur ca. 150 Menschen, davon ca. 30 Neonazis. So entschied sich die ipahb dann auch, nicht ihre Demonstrationstrecke zu laufen, sondern am Startpunkt stehenzubleiben. Die NPD sagte ihre eigene Kundgebung sogar ab. Die Moschee ist gebaut, die Rassist_innen wohnen immer noch drumherum, aber wenigstens manifestieren sie ihren Rassismus nicht mehr öffentlich. Ein kleiner, wenn natürlich auch völlig unzureichender Fortschritt.

Weiterführende Infos: www.asvantifa.blogspot.de. Dort gibt es einen ausführlichen Text zur aktuellen Situation des Parks. Gemeinsam sind wir stark - Retten wir den Mellowpark! Linke Freiräume erkämpfen und verteidigen. *Mellowpark: Friedrichshagener Str. 10 (Köpenick), mellowpark.de*

Interview

Ist der Park schon dicht? Wird der Mellowpark in Köpenick am 31.12.2008 besetzt? Gibt es ein neues Gelände? Und was kann ich machen, wenn ich den Park unterstützen möchte? Fragen über Fragen, die sich in diesen Wochen viele Jugendliche stellen. Wir wollen über die aktuelle Situation aufklären, und haben uns mit einem Vertreter der Initiative „Hände weg vom Mellowpark“ getroffen und ihm alle unsere Fragen gestellt.

Von Antifaschistische Schüler_innen-Vernetzung Pankow [ASV]



★ HÄNDE WEG VOM MELLOWPARK

ASV: Stell dich und deine Initiative „Hände weg vom Mellowpark“ erstmal vor. Und wie fing das eigentlich alles an?

Ivo: Ich bin Ivo Arndt, Mitglied des Köpenicker Freizeitvereins all eins e.V. und Teil der Initiative „Hände weg vom Mellowpark“. Im Grunde bin ich stinksauer auf unsere gewählten Volksvertreter_innen, so viel Blindheit und Dummheit macht mir Angst und lässt mich schwer an unserem System zweifeln. Anfangs hab ich Leute gesucht, die zusammen mit mir stänkern wollen. Das haben wir dann auch gemacht, so gut wir eben konnten: Mit Unterschriftenlisten, Briefen, drohenden Bürger_innenbegehren, Demos und unbequemen Fragen vor der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick (BVV). Wirklichen Erfolg haben wir bis jetzt jedoch noch nicht erreicht. Der Mellowpark ist zum 31.12.2008 gekündigt. Für das Gelände, auf dem sich der Mellowpark derzeit befindet, gibt es weder Zukunftspläne, Investor_innen oder sonstiges und auch auf dem Nachbargrundstück herrscht noch gähnende Leere. Der Käufer des Nachbargrundstücks hat sich hier noch nicht einmal blicken lassen. Also eigentlich gibt es keinen Grund, uns zu diesem Zeitpunkt, wo keine Lösung vorliegt, zu kündigen. Was hier in Köpenick gerade vor die Hunde geht und achtlos zerstört wird, fällt mir schwer zu beschreiben. Aber eines ist sicher: Berlin braucht mehr solcher Orte wie den Mellowpark.

ASV: Wie steht es denn im Moment um den Mellowpark?

Ivo: All unsere Bemühungen drehen sich derzeit um diese Paul-Zobel-Sportanlage an der Wuhlheide. Die BVV Treptow-Köpenick hat auch schon mehrfach Beschlüsse gefasst, die uns einen Teil dieses Geländes nutzbar machen sollten. Aber das sind alles Blasen. Es mag in diesem Gremium aufrichtige und engagierte Bürger_innen geben, für mich ist das aber alles große Scheiße. Es würde ewig dauern, euch die Sachverhalte in allen Einzelheiten darzubieten, darum versuche ich es auch gar nicht erst. Der Bezirk ist weder willens uns zu helfen, noch hätte er in Bezug auf die Paul-Zobel-Sportanlage die Macht dazu. Berlin ist gefragt! Sollte es mit der Paul-Zobel-

Sportanlage nicht klappen, müssen wir weiter kämpfen.

ASV: Funktioniert die Zusammenarbeit mit dem Bezirk so schlecht, gibt es keine Unterstützung von deren Seite?

Ivo: Also erst mal erfahren wir einige Unterstützung aus politischen Kreisen, dort gibt es sehr engagierte Leute, die sich mit vollem Herzblut für die Sache einsetzen. Was das Bezirksamt angeht, kann ich nur lachen oder weinen. Bis auf wenige Ausnahmen kannst du die komplette Bande in den Skat drücken. Wenn wir uns auf die verlassen würden, dann wären wir nicht mal bis zum 31.12.2008 gekommen. Ich frage mich ernsthaft, wofür die Ihr Geld bekommen. Das Jugendamt angeführt von Herrn Retzlaff... nee, das geht jetzt zu weit.

ASV: Gibt es Unterstützung von außen, z.B. von Anwohner_innen und Besucher_innen?

Ivo: Wir bekommen eine ganze Menge Zuspruch und Unterstützung von außen, jedoch ist es unglaublich schwierig, das alles zu koordinieren. Eigentlich waren wir vor der Kündigung schon permanent unterbesetzt. Aber jetzt? Mensch glaubt kaum, wieviel Arbeit so ein Kampf macht. Termine, Konzepte, Meetings usw. Das alles neben dem täglichen Programm. Mensch darf an dieser Stelle nicht vergessen, dass der Mellowpark gezwungen ist, Geld zu verdienen. Vom Bezirk kriegen wir keinen Pfennig für das Projekt. Die derzeitige Situation ist auch nicht gerade rosig. Wie sollen so Sponsor_innen und Partner_innen überzeugt werden, derzeit in den Mellowpark zu investieren? Lange halten wir das nicht mehr durch ...

ASV: Am Anfang hast du erzählt, was schon alles für Aktionen (Unterschriftenlisten, Demos...) liefen. Hat das etwas gebracht?

Ivo: An Aktionen haben wir alle Klassiker durch, leider waren es oft Perlen vor die Säue.

ASV: Was ist genau für den näher rückenden Kündigungstermin geplant?

Ivo: Die Kündigung ist so nah, aber

kaum jemand nimmt das so richtig wahr.

Ich meine, wir bleiben einfach da. Wer will uns da runterschmeißen, uns den Strom abstellen oder den Park räumen lassen? Wir reden hier von Kindern und Jugendlichen, die sich diesen Park erobert haben. Denen gehört der Mellowpark. Und ich hoffe, dass sie sich diesen auch nicht mehr nehmen lassen.

ASV: Was sind eure Pläne für das nächste Jahr, nach der offiziellen Kündigung?

Ivo: Im nächsten Jahr ziehen wir auf die Paul-Zobel-Sportanlage.

ASV: Was haltet ihr von Zusammenarbeit mit bedrohten, alternativen Wohnprojekten?

Ivo: In diese Richtung haben wir im Moment wenig Kontakte und keine Vorstellung, was da laufen könnte.

ASV: Aber was denkst du über die Zukunft linker, alternativer Freiräume in Berlin?

Ivo: Immer mehr Freiräume in Berlin verschwinden, und das Angebot wird kleiner. Unser lieber Bürgermeister steht nun mal auf Hochkultur und nicht auf Subkultur.

ASV: Wie kann mensch euch unterstützen oder helfen?

Ivo: Besucht den Park, erzählt es weiter, packt es an. Seid kreativ und lasst nicht locker.

ASV: Gibt es irgendwelche Termine, auf die du hinweisen möchtest?

Ivo: Am 06.12.2008 öffnet das Berliner Abgeordnetenhaus im Rahmen des „Jugendforums“ seine Türen wieder für die Jugend. Thema diesmal: „Wem gehört die Stadt“. Wie passend für uns, wir werden auf jeden Fall dort sein.

ASV: Was willst du den Leuten noch sagen?

Ivo: Die Leberschaden-Crew hat es in einem Song treffend formuliert „Ich will's mein Kindern nicht erzählen, ich will's ihnen zeigen“

ASV: Danke für das Interview, Ivo. Wir wünschen euch weiterhin viel Glück und Erfolg.

Pankow * Normal * Feindseelig

Rechte Sozialdemokrat_innen diskutierten am 18. November bei einer Veranstaltung in Pankow über „Integration“. Da fühlt sich natürlich auch die „interessengemeinschaft pankow-heinersdorfer bürger“ (ipahb) eingeladen. Die Rosen-Redaktion hat auch mal vorbeigeschaut. Zur Feindaufklärung...

Es ist ein verregener Dienstagabend und so versammeln sich trotz großer Anzeigenschalte nur 40 Besucher_innen im deutlich zu großen ehemaligen Beetsaal des Jüdischen Waisenhauses zur Veranstaltung „Integration ist keine Einbahnstraße“. Organisiert wurde die Veranstaltung von den beiden Pankower SPD-Abgeordneten Ralf Hillenberg aus Karow-Buch und Torsten Hilse aus Niederschönhausen. Es überraschte nicht, dass, angelockt durch den Stargast Heinz Buschkowsky (Bürgermeister Neukölln, SPD), neben dem üblichen SPD-Gruselkabinett auch eine Handvoll Vertreter_innen der rassistischen ipahb auftauchten, darunter ihr Vorsitzender Joachim Swietlik. Gestört hat die Teilnahme der Heinersdorfer Kleingeister niemanden, warum auch?

Ralf Hillenberg, der durch seinen peinlichen Wahlkampfsong im Jahr 1998 allgemein für Gelächter sorgte, machte schnell klar, wer hier die Sprache des Volkes spricht: „*Ich als Ossi musste mich an den Kontakt mit Migrant_innen erst gewöhnen*“, stellt der selbsternannte Integrati-

onsexperte genüsslich fest. Aber trotz mittlerweile 18 Jahren Re-Education, scheint „*der Ausländer*“ beim Zonen-Ralf noch nicht wirklich angekommen zu sein: „*Multi-Kulti ist noch immer nicht mein Wunschtraum*“. Buschkowsky ergänzte mit einem Bericht aus Nord-Neukölln: „*Aus dem Kontext einer deutschen Hauptstadt sei dieser Stadtteil nicht mehr tragbar*“. In Pankow, so der Heinz weiter, sei es noch einigermaßen „*akzeptabel*“ und „*befriedet*“. Komplettiert wurde der Bericht vom Saubermann Heinz durch die Tiergartener Amtsrichterin Kirsten Heisig, die von „*Ali*“ und „*Mohammed*“ berichtetete, die auf harmlose Deutsche einschlagen würden, „*während der Vater im Teehaus sitzt*“.

Ethnisieren wolle sie die Probleme aber nicht. Ein Witz? Nein die Realität!

Im Juni dieses Jahres veröffentlichte die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung die Studie „*Ein Blick in die Mitte*“, in der sie ihre Ergebnisse über den Rassismus der Mitte der Gesellschaft aus der Vorgängerstudie „*Vom Rand zur Mitte*“ gar noch korrigieren musste. Oliver Deckert,

ein Autor der Studie, stellt ernüchtert fest, dass ausländer_innenfeindliche Ressentiments in allen Diskussionen wie selbstverständlich geäußert wurden, „*auch bei Personen, die in der ersten Studie nicht durch rechtsextreme Einstellungen aufgefallen waren*.“ Neu ist der Trend zu sogenannten „*kulturalistischen Argumentationsmustern*“, bei denen Migrant_innen, denen eine kulturelle Nähe zur Mehrheitsgesellschaft zugeschrieben wird, von denen unterschieden werden, die (vermeintlich) nicht zur herrschenden, gesellschaftlichen Norm passen. Exemplarisches Beispiel dieser Entwicklung: der Moscheebau-Konflikt in Pankow-Heinersdorf. „*Die gehören hier einfach nicht her*“, schallte es aus dem Chor der Heinersdorfer Bürger_innenschaft. Wer meinte, die Studie solle in der sogenannten „*Mitte der Gesellschaft*“ für einen Eklat, wurde enttäuscht. Einen Tag nach Veröffentlichung der Untersuchung gewann die deutsche Fußballnationalmannschaft „*im Wunder von Basel*“ gegen Portugal und die unangenehmen Ergebnisse der Studie wichen dem „*fröhlichem und*

geläutertem Patriotismus“. Wer den Wahn nun mal teilt, wird diesen nicht erkennen oder gar ernsthaft skandalisieren.

So wie auch Ralf Hillenberg, der als Vorsitzender des Petitionsausschusses für solcherlei „*Unsinn*“ nun mal keine Zeit hat. Sein Ziel ist Volksnähe und die Anerkennung der „*Wahrheit*“. Als eine ipahb-Frau zum Mikro griff und die „*Rassismus-Keule*“ der „*Multi-Kulti-Gutmenschen*“ anprangerte, antwortete er: „*Sie sprechen mir aus dem Herzen*“. Wäre aber Ralf Hillenberg auch einer derjenigen 37 Prozent gewesen, die meinen, dass Migrant_innen nur nach Deutschland kämen, um „*unseren Sozialstaat*“ auszunutzen. Nein, als erfahrener Politiker weiß er sich auszudrücken. Über den integri-

onspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, betonte er einleitend: „*Du bist Unternehmer und voll in der Gesellschaft angekommen*“. Alternativ: Du bist ein guter Ausländer, du bist Deutschland. Der Rest passt einfach nicht in den Mikrokosmos der Pankower Volksgemeinschaft.



Interview mit den Beatsteaks

APB: Stellt euch erst mal vor?

Beatsteaks: *Hallo, wir sind eine junge (na ja nicht mehr ganz junge) Berliner Rockgruppe und heißen „Beatsteaks“. Wie der Name entstanden ist, weiss keiner mehr. Bernd und Peter und Arnim singen und spielen Gitarre, Thomas singt auch, spielt aber Schlagzeug und ich, Torsten, spiele Bass, singe aber nicht - kann ich nich.*

APB: Wie lange macht ihr schon zusammen Musik?

Beatsteaks: *In der heutigen Besetzung machen wir Musik seit 2000, die Band allerdings schon vier Jahre länger. Thomas und ich sind später dazu gekommen.*

APB: Seit wann kennt ihr euch?

Beatsteaks: *Ich kenne die Band seit über zwölf Jahren.*

APB: Was sind eure größten Macken?

Beatsteaks: *Ich bin der einzige mit Macken. Ich bin aufbrausend und manchmal unfair beim Streiten.*

APB: Mit welchen drei Wörtern würdet ihr die Band beschreiben?

Beatsteaks: *AUFDEMRIGHTIGEN-WEG, Freunde (das waren jetzt nur zwei Worte)*

APB: (Vervollständige bitte den Satz) Musik ist...

Beatsteaks: *das wichtigste auf der Welt, wenn man Freunde und Familie hat und weiß, was Freundschaft und Liebe bedeutet. Nicht mehr und nicht weniger.*

APB: Was ist eure größte Motivation, Musik zu machen?

Beatsteaks: *Wir lieben alle Musik. Es ist unser Beruf und zwar der Beste, den man haben kann.*

APB: Habt ihr Erfahrungen mit Nazis gemacht? Wenn ja welche?

Beatsteaks: *Jeder hat mal irgendwann Erfahrungen mit Nazis gemacht, mehr oder weniger direkt. Ich bin kurz nach der Wende in Lichtenberg aufgewachsen, da wo die Nationale Alternative (NA) ein Haus in der Weitlingstraße besetzt hatte. Jedes Wochenende oft mit den Faschos konfrontiert worden. Nie gute Erfahrungen natürlich.*

APB: Was denkt ihr über Nazis?

Beatsteaks: *Man kann nur eine einzige Meinung über Nazis haben. Nämlich keine gute. Unterschiede sollte man nur in der Art des Umgangs machen. Es gibt Leute, die es über diskutieren lösen wollen, die den Neonazis da draussen mit Toleranz entgegentreten und über Aufklärung an sie herankommen wollen. Andere wollen das Problem „Faschisten“ ausschließlich mit Gewalt lösen und fackeln nicht lange. Ich find alle Wege vertretbar, es ist nur wichtig, dass man das Problem nicht ignoriert. Das ist das schlimmste. Mund auf oder auch mal auf die Fresse. Alles besser, als das Maul halten und wegucken.*

APB: Was wolltet ihr schon immer Mal loswerden?

Beatsteaks: *Siehe letzte Antwort.*



Deine Noten für die „Rosen“

Mit dieser Ausgabe ist die „Rosen auf den Weg gestreut“ zum achten Mal erschienen. Seit zwei Jahren versuchen wir, euch ein abwechslungsreiches und ansprechendes Themenangebot zu bieten. Viele Gruppen im Nordosten Berlins sind an diesem Jugendinfo beteiligt und hoffen nun auf ein Feedback von euch.

	1	2	3	4	5	6
Wie gefallen Dir die Rubriken?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wie gefällt Dir die Themenzusammenstellung?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Was hältst Du vom Layout?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wie gefallen Dir Extra-Gimmicks, wie Aufkleber oder Kalender im Heft?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wie abwechslungsreich ist das Heft?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wie gefällt Dir das Heft insgesamt?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Welche Rubrik hat euch am Besten gefallen?

(Buchvorstellung, Interview, Kurzmeldungen, Kùltùr, Gedicht auf der Rückseite, Recherchetexte...)

Was für Rubriken würdet ihr euch wünschen?

Welche Themen fandet ihr am Interessantesten?

(Rechtsextremismus, Antisemitismus, Schulpolitik, Sexismus...)

Gibt es weitere Themen, über die ihr mehr erfahren wollt?

Wie hat euch die Idee mit dem Heft-Schwerpunkt gefallen?

(Fußball und Rassismus, 9. November...)

Hat euch mal ein Artikel zu Diskussionen mit Freund_innen/Familie angeregt? Welcher?

Gab es von Seiten eurer Schule Reaktionen?

Sind die Artikel verständlich geschrieben?

Gebt diese Seite einfach ausgefüllt werktags im Büro der Berliner Straße 30 (nahe U-Bhf. Pankow) zu Händen Jusos-Nordost ab oder schickt eure Antworten an die Mail-Adresse einer am Heft mitwirkenden Gruppe (siehe S. 35). Außerdem findet ihr den Fragebogen auch als On-

line-Formular auf der Homepage rosen-web.de.vu. Wenn ihr Bock habt, selbst Texte und Kommentare in der „Rosen auf den Weg gestreut“ zu veröffentlichen, schreibt einfach an eine der beteiligten Gruppen. Wir werden versuchen, eure Text an passender Stelle zu veröffentlichen.

Termine

6.12.08 und 13.12. - Berlin NEONAZIAUFMÄRSCH VERHINDERN !

Am 6. Dezember wollen Neonazis für ein „nationales Jugendzentrum“ in Lichtenberg marschieren. Antifaschist_innen werden dies zu verhindern wissen. Am 13. Dezember wollen es die Nazis nochmal probieren, sollten sie am 6. Dezember nicht durchkommen. Dies dürfte dann wohl auch nicht klappen. Seid kreativ und laßt euch nicht ärgern. Infos: <http://dezember.neukoelln.antifa.net/>

12.12.08 - 21:00 - Kurt-Lade-Klub

(Grabbeallee 33 | Bus 250 „Tschalkowskistraße“)
BANDCONTEST, KONZERT, PARTY
„Aufmucken gegen Rechts!“
veranstaltet von Linksjugend [solid] Pankow

19.12.08 - 19:00 - LaCasa

(Wurzener Str. 6 - Hellersdorf)
INFOVERANSTALTUNG

Nicht länger nur das Opfer sein - Was tun bei rechten Angriffen?
Viele Menschen werden Opfer rassistischer, antisemitischer oder rechter Angriffe und stehen dann alleine da, weil andere wegschauen. Die/der Referent_in erläutert, was du tun kannst, wenn du siehst, wie jemand von Nazis attackiert wird oder selbst angegriffen wirst.

19.12.08 - 21:00 - LaCasa

(Wurzener Str. 6 - Hellersdorf)

KONZERT

mit „Benjie“ (Dancehall), „Port Royal“ und „Dr. Jekyll und Mr. Hyde“ (Soundsystem)
Soli-Konzert zur Unterstützung antifaschistischer Arbeit in Marzahn-Hellersdorf

20.12.08 - 16:00 - Dosto

(Breitscheidstr. 43 - Bernau)

WORKSHOP

Urban-Street-Dance/HipHop-Workshop für Mädchen/ Frauen und Transgender.
Danach VoKü und Film.
Infos: www.dosto.de

15.12.2008 - 19:00 - JUP Pankow

(Florastraße 84 - S&U-Bhf Pankow)

ANTIFA-CAFÉ

Anti-X-mas-chillen

Wenn Ihr nen Ort zum Chillen jenseits der ganzen Christkind-Stresses sucht, dann haben wir was für Euch: Hier könnt Ihr Eierkuchen und Turbo-Götterspeise genießen, Tischtennis, Kicker und Skat spielen oder einfach mal rumhängen. Nen Überraschungsfilm gibt es auch.
Veranstaltet von Antifaschistische Schüler_innen-Vernetzung (ASV) und Emanzipative Antifaschistische Gruppe (EAG).

24.12.08 - 23:00 - Dosto

(Breitscheidstr. 43 - Bernau)

PARTY

DickeDostoDisco-Weinachtsspecial mit ver. Djans. Musik von A bis Z
Infos: www.dosto.de

31.12.08 - 22:45 - U-Turmstraße

(U-Bahnlinie 9 - Berlin)

SILVESTER ZUM KNAST - DEMO

Knäste sind das höchste Mittel des Staates und des Kapitals zur Abschreckung aller, die aktiv diesen bestehenden Verhältnissen gegenüber treten oder einfach in die Illegalität aufgrund von verschiedensten Gründen gedrängt werden. Deswegen gegen alle Formen des Eingesperrtseins und in Solidarität mit den Gefangenen ...reißen wir die Mauern ein, die uns trennen!

09.01.08 - 19:00 - JUP Pankow

(Florastraße 84 - S&U-Bhf Pankow)

ANTIFA-CAFÉ

Einführung in die Faschismustheorie. Mensch sollte denken, all die Antifaschist_innen wüssten, was sie da bekämpfen: den Faschismus. Doch weit gefehlt: Nicht nur innerhalb der Linken, sondern auch sonst ist der Faschismusbegriff einer der unklarsten, umstrittensten und verwahrloseten politischen Begriffe überhaupt. An diesem Abend wollen wir etwas Klarheit in das Wirrwarr der Faschismustheorien bringen und erste Vermutungen über das wirkliche Wesen der Faschismen anstellen.
Veranstaltet von Emanzipative Antifaschistische Gruppe (EAG).

11. - 25.02.09 - Mo-Di. 14:00-20:00 - Dosto

(Breitscheidstr. 43 - Bernau)

AUSSTELLUNG

„Von Menschen, Ansichten und Gesetzen. Rostock-Lichtenhagen - 10 Jahre danach“

Zur Eröffnung wird ab 19 Uhr der Film *“The true lies in Rostock”* gezeigt.

Infos: www.dosto.de

13.-16.02.09 - Dresden

NAZIAUFMARSCH VERHINDERN

weitere Infos zum Naziaufmarsch in Dresden und den Antifa-Gegenaktionen:

www.venceremos.antifa.net

28.02.09 - 21:00 - Dosto

(Breitscheidstr. 43 - Bernau)

KONZERT

„3 Jahre Antifaschistische Aktion Bernau“ mit Kaffee & Kuchen, LiveBands & Djanes, Spiel & Spaß.
Infos: antifabernau.blogspot.de

Links & Locations

Die aktuelle Zeitung wurde maßgeblich von folgenden Gruppen erarbeitet. Bei Anregungen, Kritik oder Lob wendet euch bitte an die entsprechende Gruppe.

Antifaschistische Aktion Bernau
antifabernau.blogspot.de
kontakt@antifa-bernauek.tk

Antifaschistische Schüler_innen
Vernetzung Pankow
www.asvantifa.blogspot.de
asvberlin@riseup.net

Antifa Prenzlauer Berg
www.antifaprenzlauerberg.de.vu
apb@riseup.net

Bildungsinitiative engagierter
Schüler_innen
www.jup-ev.org/bes
engagierteschueler_innen@gmx.net

Emanzipative & Antifaschistische
Gruppe
www.pankow.antifa.net
eag-berlin@riseup.net

Grüne Jugend Pankow
www.gruene-jugend-pankow.de
gj-pankow@web.de

Jusos Nordost
www.jusos-nordost.de
antifa@jusos-nordost.de

VVN-BdA Berlin-Pankow e.V.
www.pankow.vvn-bda.de
bda-pankow@gmx.de

WEITERE GRUPPEN AUS DEM BEZIRK:

Antifa Kleinpankow
www.antifakp.de.vu
antifa.kp@web.de

Jugendantifa Nordost
myspace.com/jugendantifanordost

North-East Antifascists
www.nea.antifa.de
nea@riseup.net

[solid] Pankow
www.solid-berlin.org
pankow@solid-berlin.org

JUGENDKLUBS/LOCATIONS:

Baiz (Prenzlauer Berg)
Christinenstr. 1
www.baiz.info
mts@baiz.info

Bandito Rosso (Prenzlauer Berg)
Lottumstr. 10a
www.banditorosso.net
info@banditorosso.net

Bunte Kuh (Weißensee)
Bernkasteler Strasse 78
www.buntekuhverein.de
buntekuh@t-online.de

Café Morgenrot (Prenzlauer Berg)
Kastanienallee 85
www.cafe-morgenrot.de
cafe-kollektiv@web.de

Dosto (Bernau)
Breitscheidstr. 43
www.dosto.de
dosto@dosto.de

Garage (Pankow)
Hadlichstraße 3
www.garagepankow.de
info@garagepankow.de

JUP (Pankow)
Florastraße 84
www.jup-ev.org
info@jup-ev.org

Kurt-Lade-Klub (Pankow)
Grabbeallee 33
www.kurtladeklub.de
info@kurtladeklub.de

M24 (Pankow)
Mühlenstraße 24

Maxim (Weißensee)
Charlottenburgerstraße 117
www.im-maxim.de
info@im-maxim.de

EMPFEHLENSWERTE INITIATIVEN

Antifaschistisches Infoblatt
www.antifainfoblatt.de

Antisexismusbündnis Berlin
www.antisexismonline.tk

Hagalil - Webprojekt zu Antisemitismus und Rechtsextremismus
www.hagalil.org

Heinersdorf-Bündnis
www.heinersdorf.tk

Inforiot - Nachrichten und Termine für Brandenburg
www.inforiot.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus
www.mbr-berlin.de

Reach Out - Opferberatung
www.reachoutberlin.de

**Eine Ausgabe nicht bekommen?
Die alten Texte nochmal nachlesen?**

CLICK 

WWW.ROSEN-WEB.DE.VU

FREIHEIT IN KETTEN

ERICH MÜHSAM

ICH SAH DER MENSCHEN ANGSTGEHETZ;
ICH HÖRT DER SKLAVEN FRONGEKEUCH.
DA RIEF ICH LAUT: BRECHT DAS GESETZ!
ZERSPRENGT DEN STAAT! HABT MUT ZU EUCH!

WAS GILT GESETZ?! WAS GILT DER STAAT?!
DER MENSCH SEI FREI! FREI SEI DAS RECHT!
DER FREIE MENSCH FOLGT EIGNEM RAT:
SPRENGT DAS GESETZ! DEN STAAT ZERBRECHT!

DA BLICKTEN AUGEN KÜHN UND KLAR,
UND VIEL BEDRÜCKTE LIEFEN ZU:
DIE FREIHEIT LEBE! DU SPRICHST WAHR!
VON STAAT UND ZWANG BEFREI UNS DU!

NICHT ICH! IHR MÜSST EUCH SELBST BEFREIN.
ZERREISST DEN GURT, DER EUCH BEENGT!
KEIN ANDRER DARF EUCH FÜHRER SEIN.
BRECHT DAS GESETZ! DEN STAAT ZERSPRENGT!

NEIN, DU BIST KLUG, UND WIR SIND DUMM.
FÜHR UNS ZUR FREIHEIT, DIE DU SCHAUST!
SCHON ZOGEN SIE DIE RÜCKEN KRUMM:
O SIEH, SCHON BALLT DER STAAT DIE FAUST! ...

ROH GRIFF DIE FAUST MIR INS GENICK
DES STAATS: VERLETZT SEI DAS GESETZ!
MAN STIESS MICH FORT. - DA FIEL MEIN BLICK
AUF FRONGEKEUCH UND ANGSTGEHETZ.

IM SKLAVENTROTT ZOG MEINE SCHAR
UND SCHRIE MIR NACH: MACH DEIN GESCHWÄTZ,
DU SCHWINDLER, AN DIR SELBER WAHR!
JETZT LEHRT DER STAAT DICH DAS GESETZ! --

IHR TOREN! SCHLAGT MIR ARM UND BEIN
IN KETTEN, UND IM GRABVERLIES
BLEIBT DOCH DIE BESTE FREIHEIT MEIN:
DIE FREIHEIT, DIE ICH EUCH VERHIESS.

MAN SCHNÜRT DEN LEIB; MAN QUÄLT DAS BLUT.
DEN GEIST ZWINGT NICHT GESETZ NOCH STAAT.
FREI, SIE ZU BRECHEN, BLEIBT MEIN MUT -
UND FREIER MUT GEBIERT DIE TAT!